



BACHELORARBEIT

Frau
Nicole Nitschke

**Welche Argumente sprechen
für und gegen die Einführung
der Privathaftpflichtversiche-
rung als gesetzliche Pflicht-
versicherung?**

2016

BACHELORARBEIT

Welche Argumente sprechen für und gegen die Einführung der Privathaftpflichtversiche- rung als gesetzliche Pflicht- versicherung?

Autor/in:

Frau Nicole Nitschke

Studiengang:

Business Management

Seminargruppe:

BM13sV1-B

Erstprüfer:

Prof. Dr. phil. Ludwig Hilmer

Zweitprüfer:

Dipl.-Ingenieur Hans-Jörg Nossack

BACHELOR THESIS

**Which arguments correspond
to and against the introduction
of the personal liability insur-
ance as a legal obligatory in-
surance?**

author:

Ms. Nicole Nitschke

course of studies:

Business Management

seminar group:

BM13sV1-B

first examiner:

Prof. Dr. phil. Ludwig Hilmer

second examiner:

Dipl.-Ingenieur Hans-Jörg Nossack

Bibliografische Angaben

Nitschke, Nicole

Welche Argumente sprechen für und gegen die Einführung der Privathaftpflichtversicherung als gesetzliche Pflichtversicherung?

Which arguments correspond to and against the introduction of the personal liability insurance as a legal obligatory insurance?

48 Seiten, Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences,
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2016

Abstract

Innerhalb des Haftpflichtrechts ereignet sich jährlich eine Fülle von Schadensfällen. Die Schäden, um die es sich hierbei handelt, werden einem Dritten zugefügt, ohne dass ihm ein Mitverschulden unterstellt werden kann. Die Gefahr für den Geschädigten liegt hierbei bei der Schadenersatzpflicht des Schädigers. Eine Zahlungsunfähigkeit des Schädigers kann dafür sorgen, dass der Geschädigte keinen bzw. keinen ausreichenden Schadenersatz erhält und er somit von existenzbedrohenden Einschränkungen betroffen ist. Innerhalb verschiedener Bereiche des täglichen Lebens können solche Ereignisse auftreten. Allein der Gebrauch eines Kraftfahrzeugs hat täglich Personen- und Sachschäden zur Folge. Als Privatperson können wir bspw. durch die Teilnahme als Fußgänger oder Fahrradfahrer im Straßenverkehr durch unser Handeln einen anderen schädigen. Im Umkehrschluss ist jeder auch im Alltag ständigen Risiken ausgesetzt. Nicht jeder Bundesbürger besitzt einen umfangreichen Versicherungsschutz, um gegen die Risiken des täglichen Lebens finanziell abgesichert zu sein. Dies lässt vermuten, dass diese Personen möglicherweise gar nicht einschätzen können, welchem finanziellen Risiko sie tagtäglich ausgesetzt sind. Sollten diese Personen einem dritten einen Schaden zufügen, so haften sie unter Umständen mit dem gesamten Privatvermögen. Dieses Risiko kann durch den Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung an ein Versicherungsunternehmen übertragen werden. Das Bestreben der vorliegenden Arbeit liegt darin,

zu überprüfen, ob die Privathaftpflichtversicherung (deren Abschluss freiwillig ist) in eine gesetzliche Pflichtversicherung umgewandelt werden sollte. Das Hauptaugenmerk des Forschungsinteresses liegt hierbei auf den Argumenten, die aus Sicht der Kunden sowie aus Sicht der Versicherungsunternehmen für oder gegen diese Einführung sprechen. Zur Unterstützung dienen Fragebögen, um die Sicht der Kunden zu verdeutlichen, sowie Experteninterviews für die Sicht von Versicherungsunternehmen. Das Ergebnis zeigt, dass zum Schutz der Allgemeinheit bestimmte Schadenereignisse grundsätzlich einer Absicherung bedürfen. Die Privathaftpflichtversicherung in eine gesetzliche Pflichtversicherung umzuwandeln wäre im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen eine richtige Entscheidung.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Abkürzungsverzeichnis	II
1 Einleitung.....	1
2 Theoretische Grundlagen.....	3
2.1 Pflicht zum Schadenersatz und Haftpflichtrecht	3
2.2 Haftpflichtversicherung im Allgemeinen.....	8
2.3 Arten von Schäden.....	11
2.4 Bestandteile der Privathaftpflichtversicherung.....	15
2.5 Begriffliche Einordnung gesetzliche und freiwillige Versicherung.....	21
3 Argumente aus Kundensicht.....	25
3.1 Pro-Argumente.....	25
3.2 Contra-Argumente.....	27
4 Argumente aus Sicht der Versicherungsunternehmen.....	29
4.1 Pro-Argumente.....	29
4.2 Contra-Argumente.....	30
5 Auswertung der Befragung.....	33
5.1 Fragebögen zur Privathaftpflichtversicherung	33
5.2 Experteninterview zur Privathaftpflichtversicherung	40
6 Schlussbetrachtung.....	47
Literaturverzeichnis	XI
Anhang.....	XV
Anlagen.....	XXVIII
a. Tabellarische Auswertung der Fragebögen.....	XXIX
b. Fragebögen zur Privathaftpflichtversicherung (15 Seiten).....	XXX
c. Experteninterview zur Privathaftpflichtversicherung (5 Seiten).....	XXXI
Eigenständigkeitserklärung	XXXII

Abkürzungsverzeichnis

AHB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung
AMG	Arzneimittelgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BJagdG	Bundesjagdgesetz
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bspw.	beispielweise
BWV	Berufsbildungswerk der Deutschen Versicherungswirtschaft
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
ebd.	ebenda
EU	Europäische Union
e.V.	eingetragener Verein
eVB	elektronische Versicherungsbestätigung
evtl.	eventuell
f.	die angegebene Seite und die folgende Seite
ggf.	gegebenenfalls
ggü.	gegenüber
HaftpflG	Haftpflichtgesetz
Hrsg.	Herausgeber
Mio.	Million(en)

o.ä.	oder ähnliche(s)
PfIVG	Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter (Pflichtversicherungsgesetz)
RGBl	Reichsgesetzblatt
StVG	Straßenverkehrsgesetz
u.a.	unter anderem
u.U.	unter Umständen
Vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel

1 Einleitung

„Eine Versicherung ist etwas, was man nie brauchen müssen möchte –
aber einfach wollen muss, weil man sie immer brauchen tun könnte!“.
(Karl Valentin, 1882-1948)

Am Versicherungsmarkt innerhalb Deutschlands, wird eine Vielzahl an Versicherungsprodukten angeboten, die sich in ihren Leistungsarten unterscheiden. Innerhalb der Versicherungsprodukte findet eine Differenzierung zwischen gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtversicherungen und freiwillig abzuschließenden Versicherungen statt. Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Privathaftpflichtversicherung und geht der Frage nach, welche Argumente für oder gegen die Einführung der Privathaftpflichtversicherung als gesetzliche Pflichtversicherung sprechen. Dabei werden zwei Interessengruppen unterschieden. Die erste Interessengruppe stellen die Kunden von Versicherungsunternehmen dar, die zweite sind die Versicherungsunternehmen. Um die Sichtweise beider Gruppen zu beleuchten, fand zum einen eine telefonische Befragung einer ausgewählten Anzahl an Kunden statt sowie ein Experteninterview mit einer ausgewählten Anzahl an Mitarbeitern von Versicherungsunternehmen.

Im zweiten Kapitel dieser Arbeit werden theoretische Grundlagen beschrieben. Dabei wird auf die Pflicht zum Schadenersatz sowie auf das Haftpflichtrecht eingegangen. Anschließend wird die Haftpflichtversicherung im Allgemeinen dargestellt. Ebenso werden die einzelnen Schadenarten (Personen-, Sach- und Vermögensschäden) näher betrachtet. Danach werden die Bestandteile der Privathaftpflichtversicherung beschrieben. Es folgt die begriffliche Einordnung der gesetzlichen und der freiwilligen Versicherung. Das dritte Kapitel führt Pro- und Contra-Argumente zur Privathaftpflichtversicherung aus Kundensicht auf, das vierte Kapitel die Pro- und Contra-Argumente aus Sicht der Versicherungsunternehmen. Im fünften Kapitel werden die Fragebögen der telefonischen Kundenbefragung sowie die Experteninterviews mit Mitarbeitern aus verschiedenen Versicherungsunternehmen ausgewertet. Den Abschluss dieser Arbeit bildet das sechste Kapitel mit der Schlussbetrachtung. Die Fragebögen sowie

die Experteninterviews zur Privathaftpflichtversicherung sind dieser Arbeit zum Einsehen als Anlage beigelegt.

2 Theoretische Grundlagen

2.1 Pflicht zum Schadenersatz und Haftpflichtrecht

Haftpflicht bedeutet zum Schadenersatz verpflichtet zu sein. Das heißt, man muss dafür einstehen, wenn man einem anderen einen Schaden zufügt. Dafür sind bestimmte Rechtsnormen festgelegt.¹ Der Schädiger haftet dabei unter Umständen mit seinem gesamten Eigentum und Privatvermögen. Das Ereignis, das zu einem Schaden geführt hat, kann aus einem Malheur oder aus einer vorsätzlichen Handlung resultieren. Mit der Einführung entsprechender Rechtsnormen wird die Höhe von Schadenersatzleistungen bestimmt. Diese Rechtsnormen geben vor, was für einen entstandenen Schaden zu leisten ist und dass der Geschädigte den von ihm geforderten Schadenersatz nicht nach Belieben festsetzen kann.² Rechtsnormen in unserem Rechtsstaat Deutschland sind in Gesetzen verankert. Dabei beinhaltet das Bürgerliche Gesetzbuch die Haftungsgrundsätze. Darüber hinaus sind noch in weiteren Gesetzen Rechtsnormen für Haftungsansprüche enthalten, etwa im Straßenverkehrsgesetz (StVG), im Haftpflichtgesetz (HaftpflG) oder im Arzneimittelgesetz (AMG).³ Die allgemeinen gesetzlichen Regelungen können durch spezielle Regelungen ergänzt werden. Gesetzliche Regelungen, die für einen Vertrag gelten, sind allgemein vertragliche Regelungen, die im BGB festgehalten sind. Innerhalb von Versicherungsverträgen sind konkrete Regeln, die nur für Versicherungsverträge Gültigkeit haben, im Versicherungsvertragsgesetz verankert.⁴ Innerhalb der vertraglichen Regelungen (Allgemeine Geschäftsbedingungen) sind die grundlegenden Regelungen durch allgemeine Versicherungsbedingungen, konkrete Produktbeschreibungen mit Hilfe besonderer Bedingungen und Risikobeschreibungen sowie die speziellen Produktbeschreibungen durch Klauseln

¹ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016): Grundlagen und Praxis, Die Private Haftpflichtversicherung, Band 006, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH, Karlsruhe 2016, S. 25.

² Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 28.

³ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 25.

⁴ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 191.

aufgeführt.⁵ Mit Hilfe der Allgemeinen Haftpflichtversicherungsbedingungen wurde durch die Haftpflichtversicherer ein grundlegendes Bedingungsnetzwerk ins Leben geschaffen, das die Grundlage für alle Haftpflichtversicherungsverträge bildet.⁶

Innerhalb des Bürgerlichen Gesetzbuches wird zwischen *vertraglicher* und *deliktischer Haftung* unterschieden. Die vertragliche Haftung, z.B. bei Kauf-, Werk- oder Mietverträgen, regelt die Vertragspflichtverletzung einschließlich der Schadensersatzpflicht für einen entstandenen Schaden.⁷ Die sich daraus ergebenden Rechtsfolgen sind in § 280 BGB zu finden.⁸ Eine Schadenersatzpflicht durch den Schädiger tritt nicht ein, wenn er die Verletzung der Vertragspflicht nicht zu vertreten hat und ihm kein Verschulden nachzuweisen ist.⁹ In § 276 BGB ist festgelegt, dass sich Verschulden in zwei Begrifflichkeiten unterteilen lässt. Hierbei wird zwischen schuldhaftem Verhalten nach Fahrlässigkeit und Vorsatz unterschieden.¹⁰

Fahrlässigkeit wird in *leichte* und *grobe Fahrlässigkeit* differenziert. Fahrlässig handelt der, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt. Wird die im Verkehr erforderliche Sorgfalt in erheblichem Maße außer Acht gelassen, so ist das Handeln grob fahrlässig. Wird ein Schaden mit Wissen und Wollen herbeigeführt, so spricht man von Vorsatz.

Der Vorsatz lässt sich in drei Erscheinungsformen unterteilen: *Absicht* (dolus directus 1. Grades), *direkter Vorsatz* (dolus directus 2. Grades) und *Eventualvorsatz* (dolus eventualis).¹¹

⁵ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 192.

⁶ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 193.

⁷ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 26.

⁸ Vgl. § 280 Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. Mai 2016 (BGBl. I S. 1190) geändert worden ist.

⁹ Vgl. § 280 BGB.

¹⁰ Vgl. § 276 BGB.

¹¹ Vgl. Isfen, Jungprofessor Dr. Osman: Strafrecht Allgemeiner Teil, in: Ruhr-Universität Bochum, URL: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/strafr/downloads/StrAT%202012/AT-SubjektiverTatbestand.pdf> (Zugriff am 31.05.2016).

Vom direkten Vorsatz spricht man, wenn der Schädiger das Wissen hat oder voraussehen kann, dass durch sein Handeln ein Schaden entsteht. Eventualvorsatz liegt vor, wenn es der Schädiger wirklich und ernsthaft für möglich hält sowie sich damit abfindet, dass ein Schaden entsteht.¹²

Das Gegenstück zur vertraglichen Haftung stellt die deliktische Haftung dar. Verpflichtungen zwischen dem Schädiger und dem Geschädigten entstehen erst, wenn ein Schadensfall eingetreten ist.¹³ Man kann die Deliktshaftung auch als Haftung durch unerlaubte Handlung bezeichnen. Bei der deliktischen Haftung wird folgende Unterscheidung getroffen: die *reine Verschuldenshaftung*, *Haftung aus vermutetem Verschulden* und die *Gefährdungshaftung*.¹⁴

Die reine Verschuldenshaftung liegt vor, wenn der Schädiger durch schuldhaftes Handeln einen Schaden verursacht. Sein Handeln muss mindestens leicht fahrlässig oder auch vorsätzlich sein.¹⁵ Der Schädiger muss durch sein widerrechtliches und schuldhaftes Handeln ein Rechtsgut verletzt haben. Rechtsgüter sind bspw. *Leben, Gesundheit, Körper, Freiheit* und *Eigentum*, sowie *sonstige Rechte* (bspw. Persönlichkeitsrechte).¹⁶ Wiederrechtlichkeit besteht, wenn die oben erwähnten Rechtsgüter einer anderen Person verletzt wurden und der Schädiger keine Rechtfertigungsgründe benennen kann. *Selbsthilfe, Notwehr* oder *Notstandssituationen* stellen hierbei Rechtfertigungsgründe dar.¹⁷ Nun muss noch ein angemessener (adäquater) Zusammenhang zwischen der widerrechtlichen Handlung und dem entstandenen Schaden vorliegen. Dieser Zusammenhang wird als Kausalität bezeichnet.¹⁸ Neben den genannten Umständen muss ebenso geprüft werden, ob die Person, die widerrechtlich

¹² Vgl. JuraForum: Vorsatz im Strafrecht, in: JuraForum.de, URL: <http://www.juraforum.de/lexikon/vorsatz-im-strafrecht> (Zugriff am 31.05.2016).

¹³ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 26.

¹⁴ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 31.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 31.

¹⁶ Vgl. § 823 (1) BGB.

¹⁷ Vgl. Versicherungsarchiv: Widerrechtlichkeit, in: Versicherungsarchiv.de, URL: <http://www.versicherungsarchiv.de/versicherungsvergleich/widerrechtlichkeit/> (Zugriff am 31.05.2016).

¹⁸ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 51.

gehandelt hat, überhaupt in der Lage ist, die Auswirkungen ihres Handelns zu erkennen. Das bedeutet, man muss überprüfen, ob diese Person deliktfähig ist. In § 828 BGB wird die Deliktsfähigkeit durch Altersstufen definiert.¹⁹ Unterschieden wird zwischen *Deliktsunfähigkeit*, *beschränkter Deliktsfähigkeit* und *Deliktsfähigkeit*. Deliktsunfähig sind Kinder bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres. Sollten sie einen Schaden verursachen, können sie nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Kinder bzw. Jugendliche ab Vollendung des 7. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres haften entsprechend ihrer Reife und erforderlichen Fähigkeit zur Einsicht. Sie sind beschränkt deliktsfähig. Deliktsfähigkeit liegt bei Personen vor, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Sie haften in vollem Umfang.²⁰ § 827 BGB verweist auf Personen die durch eine krankhafte Störung der Geistestätigkeit oder durch Bewusstlosigkeit einen Schaden verursachen. Sie sind ebenfalls deliktsunfähig.²¹

In vielen Fällen ist es nachvollziehbar, dass vom Schädiger behauptet wird, er habe den entstandenen Schaden nicht herbeigeführt oder der Geschädigte das Gegenteil behauptet. Aus diesem Grund kam die Frage auf, wer (wenn nicht der involvierte Schädiger) den Schaden verursacht hat sowie die Ursache und Verantwortlichkeit dafür nachweisen muss. Oftmals spielen hier viele Umstände eine Rolle, die die Verantwortlichkeit nicht einwandfrei erkennen lassen.²² Wird eine Behauptung nicht durch einen Beweis belegt, geht das zu lasten derer, die die Behauptung aufgestellt haben.²³ In bestimmten Fällen bestand die Notwendigkeit, die Frage nach der Beweislast abweichend von der oben beschriebenen Vorgehensweise zu stellen. Bei der Haftung aus vermutetem Verschulden liegt die Beweislast beim Schädiger.²⁴ Ein Beispiel hierfür ist nach § 832 BGB

¹⁹ Vgl. § 828 BGB und Wilke (2016), S. 44.

²⁰ Vgl. Anwalt24: Deliktsfähigkeit, in: Anwalt24.de, URL: <http://www.anwalt24.de/rund-ums-recht/Deliktsfaehigkeit-d163955.html> (Zugriff am 31.05.2016) und Wilke (2016), S. 44 f und § 828 BGB.

²¹ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 45 und § 827 BGB.

²² Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 53.

²³ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 54.

²⁴ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 32.

die Haftung des Aufsichtspflichtigen.²⁵ Man unterscheidet die *gesetzliche* und die *vertragliche* Aufsichtspflicht. In der Regel bezieht sich die gesetzliche Aufsichtspflicht auf Eltern, Lehrer, Ausbilder und Kindergärtner von Minderjährigen. Die vertragliche Aufsichtspflicht besteht bei Jugendpflegern, Trainern und Babysittern.²⁶ Ist durch das widerrechtliche Handeln des Beaufsichtigten ein Schaden entstanden, liegt hierfür Haftung vor. In diesem Fall wird ein Verschulden des Aufsichtspflichtigen vermutet, das aber nicht vorliegen muss. Die Möglichkeit, sich zu entlasten, besteht, wenn der Aufsichtspflichtige nachweist, dass er seiner Aufsichtspflicht genüge getan hat und ihn somit kein Verschulden trifft.²⁷ Nicht nur die Aufsicht an sich ist entscheidend, sondern auch der erforderliche Aufwand. Hier spielen das *Alter*, der *Reifegrad*, der *Charakter*, die bisherige *Erfahrung* sowie eventuelle *Eigenarten* des zu Beaufsichtigenden eine wichtige Rolle.²⁸

Sind mehrere Kinder dafür verantwortlich dass ein Schaden entstanden ist, so spricht man von gesamtschuldnerischer Haftung laut §§ 830 und 840 BGB. Ist schwer festzustellen, wer für den Schaden verantwortlich ist, haften die Beteiligten gemeinschaftlich als Gesamtschuldner.²⁹ Der Geschädigte kann im Rahmen des Außenverhältnisses den entstandenen Gesamtschaden von einer Person einfordern. Im Innenverhältnis besteht allerdings ein Ausgleichsanspruch zwischen den Schädigern untereinander. Das heißt, eine Haftung der Beteiligten untereinander erfolgt im gleichen Umfang.³⁰

Sofern dem Schädiger kein Verschulden nachzuweisen ist, er aber dennoch für den entstandenen Schaden haften muss, spricht man von Gefährdungshaftung. Konkret heißt das, dass man aus der Gefahr heraus haftet, weil man bspw. einen Hund oder ein Kraftfahrzeug besitzt. Der Hund als Haustier fällt unter den

²⁵ Vgl. § 832 BGB.

²⁶ Vgl. JuraForum: Verletzung der Aufsichtspflicht, in: JuraForum.de, URL: <http://www.juraforum.de/lexikon/aufsichtspflichtverletzung> (Zugriff am 31.05.2016).

²⁷ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 32.

²⁸ Vgl. JuraForum: Verletzung der Aufsichtspflicht, in: JuraForum.de, URL: <http://www.juraforum.de/lexikon/aufsichtspflichtverletzung> (Zugriff am 31.05.2016).

²⁹ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 81 und §§ 830, 840 BGB.

³⁰ Vgl. § 840 BGB.

Begriff Luxustier. Luxustiere sind Haustiere, deren Haltung nicht der eines Nutztieres entsprechen.³¹ Die Haftung des Tierhalters erfolgt nach § 833 BGB. „Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstandenen Schaden zu ersetzen.“³² Wie beim Halten von Haustieren spricht man auch beim Halten von Kraftfahrzeugen von Gefährdungshaftung. In § 7 StVG wird die Haftung beim Betrieb eines Kraftfahrzeugs durch den Halter geregelt. Der Halter hat durch höhere Gewalt oder ein Mitverschulden des Geschädigten die Möglichkeit, sich im Rahmen der Gefährdungshaftung von einem eventuell eingetretenen Schaden zu entlasten.³³

2.2 Haftpflichtversicherung im Allgemeinen

„Haftpflicht ist Verpflichtung zum Schadenersatz. Der Begriff ist so alt wie das „Mein und Dein“. Es erscheint uns Kulturmenschen als Selbstverständlichkeit, dass wir für einen Schaden, den wir einem anderen durch unser Verschulden zugefügt haben, eintreten, das Unheil gutmachen müssen. [...]“³⁴

Die Haftpflichtversicherung ist auf das allgemeine Haftpflichtrecht gestützt. Das Bürgerliche Gesetzbuch regelt die Grundlagen und Bestimmungen, da hier die allgemeine Verpflichtung zum Schadenersatz festgeschrieben ist.³⁵ Bei einem entstandenen Haftpflichtschaden kann die Haftungspflicht existenzbedrohende Folgen für den Schädiger haben. Die Haftung erfolgt mit dem gesamten Vermögen sowie dem Einkommen bis hin zur Pfändungsgrenze. Unter Umständen muss für einen entstandenen Schaden lebenslang finanzieller Ausgleich

³¹ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 114 f.

³² Vgl. § 833 BGB.

³³ Vgl. § 7 Straßenverkehrsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 24. Mai 2016 (BGBl. I S. 1217) geändert worden ist.

³⁴ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 7.

³⁵ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 15.

geleistet werden.³⁶ Die Haftpflichtversicherung umfasst verschiedene Aufgabenbereiche. Da Risiken einschließlich ihrer Folgen kaum abschätz- und berechenbar sind, wird durch den Beitrag der Haftpflichtversicherung eine berechenbare Größe geschaffen. Mit Hilfe der Haftpflichtversicherung wird das Vermögen des Versicherungsnehmers gegenüber einer Schadenersatzforderung durch einen Dritten abgesichert. Somit werden Schadenersatzleistungen für den Dritten sichergestellt, auch wenn der Schädiger nicht oder nur eingeschränkt finanziell leistungsfähig ist. Die Haftpflichtversicherung stellt den Versicherungsnehmer nicht nur bei Schadenersatzansprüchen frei, sondern wehrt auch unberechtigte Ansprüche ab. Somit wirkt sie als passive Rechtsschutzversicherung. Sollte es auf Grund einer Ablehnung zu einem Rechtsstreit mit dem Geschädigten kommen, wird der folgende Prozess im Namen des Versicherungsnehmers durch den Versicherer geführt, der auch die Kosten dafür trägt.³⁷ Innerhalb der Haftpflichtversicherung werden zwei Rechtsverhältnisse unterschieden: ein Rechtsverhältnis zwischen dem Schädiger (Versicherungsnehmer) und dem Geschädigten (Haftung ihm gegenüber) sowie ein Versicherungsverhältnis zwischen dem Versicherungsnehmer (Schädiger) und dem Versicherungsunternehmen (gewährleistet Deckung).³⁸ Zwischen dem Geschädigten und dem Versicherungsunternehmen besteht allerdings kein Direktanspruch, denn beide Parteien stehen in keinem Vertragsverhältnis zueinander. Das Versicherungsunternehmen haftet in Vertretung vom Versicherungsnehmer (Schädiger).³⁹

Die Haftpflichtversicherung ist der Vermögensversicherung zuzuordnen, da sie im Schadensfall einen bestimmten Bedarf deckt und Vermögensschäden vom Schädiger (Versicherungsnehmer) abwehrt. Dem Begriff Haftpflichtversicherung sind verschiedene Haftpflichtarten untergeordnet, die den privaten und den

³⁶ Vgl. Viwis (01/2016): Studienheft zur Haftpflichtversicherung, Versicherungsfachwissen IHK, München 01/2016, S. 5.

³⁷ Vgl. Viwis (01/2016), S. 6.

³⁸ Vgl. Viwis (01/2016), S. 19.

³⁹ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 17 f.

betrieblichen Bereich abdecken.⁴⁰ Der Gesetzgeber schreibt für bestimmte Bereiche eine gesetzliche Pflichtversicherung vor. Das Pendant zur Pflichtversicherung ist die freiwillige Versicherung. Hier steht es dem Einzelnen frei, ob er eine solche Versicherung abschließen wird. Neben den gesetzlichen Vorschriften im Bürgerlichen Gesetzbuch sind auch zahlreiche wichtige Regelungen im Versicherungsvertragsgesetz festgehalten.⁴¹ Jedem Versicherungsunternehmen ist die Möglichkeit gegeben, die vertraglichen Grundlagen und die Leistungsbausteine nach den allgemein gültigen Versicherungsbedingungen, mittels besonderer Bedingungen oder Risikoerweiterungen (Klauseln) zu ergänzen.⁴² Die Haftpflichtversicherung beinhaltet die sogenannte Vorsorgeversicherung. Hier werden Risiken ohne besondere Anzeige in den Versicherungsschutz mit einbezogen, die nach dem Vertragsabschluss neu entstehen können.

Ein Beispiel hierfür wäre, wenn sich der Versicherungsnehmer drei Monate nach Vertragsabschluss einen Hund anschafft. Mit der Vorsorgeversicherung genießt der Versicherungsnehmer bis zur nächsten Beitragsfälligkeit vorläufigen Versicherungsschutz. Ungeachtet dessen ist der Versicherungsnehmer aber innerhalb eines Monats nach Aufforderung durch den Versicherer dazu verpflichtet, das neu hinzugekommene Risiko anzuzeigen. Kommt er dieser Aufforderung nicht nach, wird ihm der Versicherungsschutz rückwirkend ab Entstehen des neuen Risikos entzogen.⁴³

Der Zeitpunkt des Schadeneintritts ist für den Versicherungsschutz maßgebend. Das bedeutet, dass die Beitragszahlung innerhalb des Versicherungsvertrages erfolgt sein muss, es darf zum Schadenzeitpunkt weder eine Obliegenheitsverletzung vorliegen noch das Vertragsverhältnis abgelaufen sein. Im Bürgerlichen Gesetzbuch wird der Schadenersatz in die Wiederherstellung des Zustandes vor dem Schadeneintritt gemäß § 249 (1) BGB oder in

⁴⁰ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 15 f.

⁴¹ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 191.

⁴² Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 192.

⁴³ Vgl. Viwis (01/2016), S. 22 f.

Schadenersatz als Geldleistung gemäß § 249 (2) BGB und § 251 BGB, den der Anspruchsteller verlangen kann, unterschieden.⁴⁴

2.3 Arten von Schäden

Im Rahmen der Allgemeinen Haftpflichtversicherung erstreckt sich der Versicherungsumfang auf *Personen-, Sach- und Vermögensschäden*.⁴⁵ Der Schadenersatz kann in Form einer Wiederherstellung der beschädigten Sache oder durch die Entschädigung von Geldleistungen erfolgen.⁴⁶ Die Leistung der Entschädigung wird je nach Schadenart durch Deckungssummen begrenzt. Jedes Versicherungsunternehmen kann die maximale Deckungssumme individuell festlegen, sodass sich diese von Unternehmen zu Unternehmen unterscheiden kann.

Bei Personenschäden findet eine Abgrenzung zwischen *immateriellen* und *materiellen Schäden* einschließlich deren Folgeschäden statt.⁴⁷ Nach § 823 (1) BGB liegt ein Personenschaden vor, wenn ein Mensch verletzt oder sogar getötet wird.⁴⁸ Im Rahmen der materiellen Personen- und Personenfolgeschäden hat die verletzte Person die Möglichkeit, die Übernahme der entstandenen Heilkosten zu verlangen. Hierunter fallen bspw. auch Arzt- und Krankenhauskosten, die als Geldaufwendungen bezeichnet werden und der gesundheitlichen Genesung dienen. Zu Personenfolgeschäden zählt etwa der Verdienstausschlag (§ 252 BGB) oder auch eventuelle Mehraufwendungen für erhöhte Erfordernisse, wenn die verletzte Person durch eine Pflegekraft Unterstützung benötigt (§ 843

⁴⁴ Vgl. §§ 249, 251 BGB.

⁴⁵ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 163.

⁴⁶ Vgl. § 249 BGB.

⁴⁷ Vgl. Anwalt: Rechtsanwalt Schadenersatzrecht & Schmerzensgeldrecht, in: Anwalt.de, URL: http://www.anwalt.de/rechtsanwalt/schadenersatzrecht_und_schmerzensgeldrecht.php (Zugriff am 31.05.2016).

⁴⁸ Vgl. § 823 (1) BGB.

BGB).⁴⁹ Bei immateriellen Schäden fordert der Geschädigte den Ersatz des entstandenen Schadens in Geld. Das Gesetz sieht nach § 253 BGB allerdings eine finanzielle Entschädigung nicht vor. Hier bildet jedoch das Schmerzensgeld eine Ausnahme. Im Rahmen der Gefährdungs-, Verschuldens- oder Vertragshaftung besteht Anspruch auf Schmerzensgeld, wenn eine Rechtsgutverletzung vorliegt. Dies gilt auch, wenn Persönlichkeitsrechte verletzt wurden oder Ansprüche wegen psychischer Bestürzung vorliegen. Der Anspruch auf immateriellen Ausgleich hat die Funktion, dem Geschädigten eine angemessene Entschädigung für die entstandenen Schmerzen zukommen zu lassen, wenn der Unfall nicht schuldhaft herbeigeführt worden ist. Sofern die Verletzung fahrlässig oder gar vorsätzlich begangen wurde, dient er auch der Genugtuung.⁵⁰ Das Ausmaß der entstandenen Verletzung sowie der Verschuldensgrad des Schädigers sind maßgeblich für die Höhe der Geldentschädigung. Ein möglicherweise bestehendes Mitverschulden des Geschädigten wird hierbei mitberücksichtigt. Die finanziellen Verhältnisse von Schädiger und Geschädigtem sowie die Tatsache, wie der Schaden entstanden ist, sind für die Bemessung des Schadens notwendig. Mittlerweile finden in der Praxis sogenannte Schmerzensgeldtabellen Anwendung. Diese können entsprechend der Verletzung einen Richtwert darstellen. Für den Fall, dass keine Einigung zwischen den Beteiligten stattfindet, wird die Schadenshöhe durch Gerichtsentscheidungen festgelegt.⁵¹ Sofern der Todesfall eingetreten ist, geht der Anspruch auf die Hinterbliebenen über. Die erwähnten Schadenersatzleistungen kommen ausschließlich bei erheblichen Verletzungen zum Tragen.⁵²

Als Sachschaden wird die Beschädigung oder Zerstörung einer Sache bezeichnet. Der Schadenersatz wird in § 249 BGB geregelt.⁵³ Zum Sachschaden zählt

⁴⁹ Vgl. Eichenauer, Herbert u.a. (2009): Versicherungen und Finanzen 3, 3. Auflage, Haan-Gruiten, S. 228 und §§ 252, 843 BGB.

⁵⁰ Vgl. Eichenauer u.a. (2009), S. 229 f und § 253 BGB.

⁵¹ Vgl. Eichenauer u.a. (2009), S. 230 f.

⁵² Vgl. Eichenauer u.a. (2009), S. 231.

⁵³ Vgl. § 249 BGB.

auch der Verlust oder die Vernichtung eines Gegenstandes. Vorrangig handelt es sich um Kosten für die Reparatur der Sache, die für die Wiederherstellung nötig sind, damit der Zustand vor dem Schadeneintritt wieder hergestellt werden kann.⁵⁴ Ein Wertersatz wird geleistet, wenn die Reparatur nicht möglich ist oder auf Grund eines Totalschadens nicht in Betracht gezogen werden kann. Hierbei handelt es sich um den Zeitwert der beschädigten Sache dem Eintritt des Schadens.⁵⁵ Die Wiederbeschaffung eines gleichwertigen Gegenstandes soll damit gewährleistet werden. Eine Reparatur der beschädigten Sache ist möglich, wenn festgestellt wird, dass kein Totalschaden vorliegt. Trotz ordnungsgemäßer Reparatur kann es vorkommen, dass die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands der beschädigten Sache nicht möglich ist. Sollte die Reparatur erfolgreich gewesen sein, wurde ein Eingriff in die Substanz der Sache vorgenommen. In solch einem Fall besteht ein zusätzlicher Anspruch auf Ausgleich des entstandenen Minderwerts.⁵⁶ Der Ausgleich der Nachteile, die durch die Reparaturmaßnahme oder Wiederbeschaffung entstehen können, ist laut § 252 BGB vom Schädiger zu tragen.⁵⁷

Bei Vermögensschäden unterscheidet man *echte/reine* und *unechte* Vermögensschäden. Von einem echten Vermögensschaden spricht man, wenn ein rein finanzieller Schaden entstanden ist, der nicht auf einen Personen- oder Sachschaden zurückzuführen ist. Es wird also weder eine Person verletzt oder getötet, noch wird eine Sache beschädigt. Bei einem unechten Vermögensschaden ist der finanzielle Folgeschaden durch einen vorangegangenen Personen- oder Sachschaden entstanden.⁵⁸ Ein echter Vermögensschaden resultiert bspw. aus einer Vertragsverletzung, bei der durch das bestehende Vertragsverhältnis ein Haftungsanspruch gegeben ist. Hier haftet der Vertragspartner

⁵⁴ Vgl. ebd.

⁵⁵ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 159.

⁵⁶ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 174.

⁵⁷ Vgl. § 252 BGB.

⁵⁸ Vgl. Viwis (01/2016), S. 17.

gegenüber dem Geschädigten für sein Verschulden.⁵⁹ Der Schädiger ist nicht zur Leistung verpflichtet, wenn er Rechtfertigungsgründe nachweisen kann.⁶⁰

Im Bereich der Gefährdungshaftung gelten starre Regelungen, die bereits im Kapitel 2.1 benannt wurden. Der Gesetzgeber sieht für einige Fälle Haftungsgrenzen vor. Als Beispiel hierfür dient das Straßenverkehrsgesetz. Wie in § 12 (1) des Straßenverkehrsgesetzes festgelegt, besteht für Personenschäden eine Haftungshöchstsumme von 5 Mio. Euro und für Sachschäden 1 Mio. Euro.⁶¹ Ein weiteres Beispiel ist in § 702 BGB zu finden. Ein Hotelier haftet bis 3.500 Euro für Schäden an Dingen, die den zu beherbergenden Personen gehören. Sollte es sich um Wertpapiere, Bargeld oder Kostbarkeiten handeln, wird der Betrag auf 800 Euro reduziert.⁶²

Wie in § 254 BGB beschrieben, können durch ein Mitverschulden des Geschädigten weitere gesetzliche Einschränkungen entstehen.⁶³ Hierdurch besteht sogar die Möglichkeit, dass der Geschädigte einen Teil des Schadens selbst zu tragen hat.⁶⁴ Dies kann durch Quotelung (Kürzung) des entstandenen Schadenersatzes erfolgen.⁶⁵ Bei extremen Fällen muss er sogar für den gesamten Schaden haften, sofern sein Verhalten maßgebend an dessen Entstehung beteiligt war.⁶⁶ Nicht ordnungsgemäße Abwendung, Unterlassung oder Minderung des Schadens können mögliche Fehlverhalten des Geschädigten sein, wodurch der Schaden erst entstanden ist.⁶⁷ Offensichtliche Schäden sind abzuwenden und es muss eine angemessene Minderung von Folgeschäden erfolgen. Hier liegt die Beweislast beim Schädiger, da er dem Geschädigten ein schuldhaftes

⁵⁹ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 27.

⁶⁰ Vgl. § 280 BGB.

⁶¹ Vgl. § 12 (1) StVG.

⁶² Vgl. § 702 BGB.

⁶³ Vgl. § 254 BGB.

⁶⁴ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2006), S. 186.

⁶⁵ Vgl. Vgl. Eichenauer u.a. (2009), S. 233.

⁶⁶ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2006), S. 186.

⁶⁷ Vgl. § 254 (2) BGB.

Verhalten nachzuweisen hat. Der Gesetzgeber geht bei Unterlassungsansprüchen davon aus, dass der Schädiger keine ausreichende Information über besondere Gefahrenumstände vom Geschädigten erhalten hat.⁶⁸

Schadenersatzansprüche können nur innerhalb einer bestimmten Frist durch den Geschädigten geltend gemacht werden. Die Frist von drei Jahren zum Jahresende beginnt mit dem Zeitpunkt, da dem Geschädigten der Eintritt des Schadens bekannt ist und er weiß, gegen wen er seine Ansprüche geltend machen kann.⁶⁹ Sollte der Geschädigte erst später von einer Pflichtverletzung ihm gegenüber erfahren (bspw. Unfallflucht), beläuft sich hier die allgemeine Verjährungsfrist auf 30 Jahre. Mit dem Ablauf dieser Frist kann der Geschädigte keine Ansprüche mehr geltend machen.⁷⁰

2.4 Bestandteile der Privathaftpflichtversicherung

In Deutschland verfügt der überwiegende Teil der Bevölkerung über eine Privathaftpflichtversicherung.⁷¹ Sie zählt zu den freiwilligen Versicherungen, da ein Abschluss nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. Mit dem Versicherungsvertragsgesetz wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, worin verbindliche Regeln speziell für Versicherungsverträge fixiert sind. Im Bürgerlichen Gesetzbuch sind Regelungen verankert, die für alle Verträge eine allgemeine Gültigkeit haben.⁷² Da es eine Vielzahl an Versicherungsverträgen gibt, ist eine Produktbeschreibung im Versicherungsvertragsgesetz nicht zu finden. Hierzu dienen dann die allgemeinen Versicherungsbedingungen (Haftpflichtbedingungen), die durch Klauseln und Risikobeschreibungen ergänzt werden.⁷³ Da jedes

⁶⁸ Vgl. ebd.

⁶⁹ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 55.

⁷⁰ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 56.

⁷¹ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 191.

⁷² Vgl. ebd.

⁷³ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 192.

Versicherungsunternehmen die Risikobeschreibungen für sich festlegen kann, nutzt die Verfasserin das Bedingungsmerk 3 der Proximus Versicherung. Der Versicherungsumfang erstreckt sich nach Ziffer 1 Satz 1 AHB 2014 Proximus Versicherung auf die gesetzliche Haftpflicht bei Gefahren als Privatperson, die das tägliche Leben betreffen.⁷⁴ Beruflich bedingte Schadensfälle werden demzufolge nicht von der Privathaftpflichtversicherung abgedeckt. Schadensfälle, die während der beruflichen Tätigkeit des Versicherungsnehmers eintreten oder dadurch, dass er einen Betrieb oder ein Gewerbe betreibt und in diesem Zusammenhang einen Dritten schädigt. Darunter fallen auch Tätigkeiten aus einem Amts- (bspw. Richter) oder Dienstverhältnis (bspw. Polizeidienst).⁷⁵ Neben der beruflichen Tätigkeit stellen auch außergewöhnliche und gefährliche Beschäftigungen des Versicherungsnehmers ein Ausschlusskriterium dar. Daraus resultierende Schäden sind nicht durch den Versicherungsschutz abgedeckt.⁷⁶ Die Privathaftpflichtversicherung bietet Versicherungsschutz für Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die wie oben erwähnt im privaten Bereich eintreten können. Die Versicherungsunternehmen können dem Versicherungsnehmer, je nach gewünschter Tarifvariante, unterschiedliche Deckungssummen anbieten. Gemäß Ziffer 5.1 AHB 2014 Proximus Versicherung beträgt die Versicherungssumme, je nach gewähltem Tarif, für Personen- und Vermögensschäden 5 bzw. 10 Mio. Euro.⁷⁷ Sollte keine andere Vereinbarung vorliegen, sind Entschädigungsleistungen durch das Versicherungsunternehmen pro Versicherungsjahr auf das Zweifache der entsprechend vereinbarten Versicherungssumme begrenzt.⁷⁸ Rechtsanwaltskosten fallen ebenfalls unter den Versicherungsschutz, da diese erstattungspflichtig sind. Nach einem Schadensfall kann sich der Geschädigte an einen Anwalt wenden, der ihm helfen soll,

⁷⁴ Vgl. Berufsbildungswerk der Deutschen Versicherungswirtschaft (BWV) e.V. (Hrsg.) (2014): Proximus 3, Versicherungsbedingungen und Tarife, Geprüfte Versicherungsfachleute IHK, Kaufleute für Versicherungen und Finanzen, Geprüfte Fachwirte für Versicherungen und Finanzen, München, S. 283.

⁷⁵ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 207.

⁷⁶ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 211.

⁷⁷ Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Proximus 3, 2014), S. 284.

⁷⁸ Vgl. ebd.

unberechtigte Schadenersatzansprüche abzuwehren. In manchen Fällen kommt es bezüglich der Haftungsfrage sowie der Höhe des Schadenersatzes zu einem Prozess. In Deutschland hat die Partei, die den Rechtsstreit verloren hat, die Gesamtkosten für den Zivilprozess zu tragen.⁷⁹ Dies ist auch laut Ziffer 4.1 bis 4.4 AHB 2014 Proximus Versicherung geregelt. Einige Tarife sehen außerdem eine vertraglich vereinbarte Selbstbeteiligung vor, die im Schadensfall vom Versicherungsnehmer zu entrichten ist.⁸⁰ Die Selbstbeteiligung hilft nicht nur dem Versicherungsunternehmen, die Schadensquote für Kleinstschäden die unterhalb der Höhe der Selbstbeteiligung liegen, gering zu halten, sondern sie ermöglicht auch dem Versicherungsnehmer, eine Reduzierung der Versicherungsprämie zu generieren. Neben dem Versicherungsnehmer besteht nach Ziffer 2.1.1 bis 2.1.7 AHB 2014 Proximus Versicherung auch Versicherungsschutz für alle mitversicherten Personen innerhalb der Privathaftpflichtversicherung, sofern der Vertrag nicht als Singleversicherung abgeschlossen wurde.⁸¹ Zu den mitversicherten Personen gehören der Ehe- oder Lebenspartner sowie unverheiratete bzw. nicht in einer Partnerschaft lebende Kinder (zu Kindern zählen nicht nur die leiblichen, sondern auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder), die sich noch in der Schul- oder beruflichen Erstausbildung befinden.⁸² Diesen Personenkreis bezeichnet man innerhalb der Privathaftpflichtversicherung als Familienangehörige. Einen weiteren Personenkreis bilden Personen, die einer Tätigkeit im Haushalt des Versicherungsnehmers nachgehen. Hierzu zählen z.B. Babysitter oder Haushaltshilfen.⁸³ Zu den Risikobereichen des täglichen Lebens als Privatperson zählen u.a.: Sport und Freizeit, Auslandsaufenthalte, Familie, Haus und Wohnung sowie Tiere für die keine separate Tierhalterhaftpflichtversicherung notwendig ist. Die Verfasserin wird nachfolgend, die einzelnen Risikobereiche näher erläutern. Diese sind unter Ziffer 6.1 bis 6.17 AHB 2014 Proximus Versicherung aufgeführt. Wer die Aufsichtspflicht für

⁷⁹ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 178.

⁸⁰ Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Proximus 3, 2014), S. 284.

⁸¹ Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Proximus 3, 2014), S. 283.

⁸² Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 214.

⁸³ Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Proximus 3, 2014), S. 283.

minderjährige Kinder hat sowie für Personen, die durch ihren geistigen oder körperlichen Zustand einer Beaufsichtigung bedürfen, haftet nach § 832 BGB für Schäden, die durch diese Personen entstanden sind.⁸⁴ Eine Ersatzpflicht tritt nicht ein, sofern der Aufsichtspflichtige seiner erforderlichen Sorgfalt nachgegangen ist und der Schadensfall trotz allem eingetreten wäre.⁸⁵ Hierdurch wird der Bereich Familie und Haushalt hinsichtlich des Beaufsichtigens der eigenen und ggf. fremder Kinder abgesichert. Unter diesen Punkt fällt auch die Haftung durch einen bestellten Betreuer sowie wenn der Versicherungsnehmer als Dienstherr von Hauspersonal fungiert.⁸⁶ Ist der Versicherungsnehmer Mieter oder Eigentümer einer Wohnung, eines Einfamilienhauses oder einer Ferienwohnung, ist dieser einem besonderen Risiko ausgesetzt. Versicherungsschutz besteht für den Eigentümer im Inland gelegener Wohnungen, Ein- und Zweifamilienhäuser, Wochenend- und Ferienhäuser. Agiert der Versicherungsnehmer als Bauherr, besteht Versicherungsschutz bis 100.000 Euro je Bauvorhaben.⁸⁷ Die Privathaftpflichtversicherung bietet dem Versicherungsnehmer Versicherungsschutz für Mietsachschäden an gemieteten Wohnräumen. Ein möglicher Schadensfall kann sein, wenn der Versicherungsnehmer als Mieter den Parkettfußboden zerstört, der durch den Vermieter eingebracht wurde. Für Mietsachschäden an gemieteten Wohnräumen beläuft sich die Entschädigungsleistung je Versicherungsfall auf 500.000 Euro. Für alle Versicherungsfälle innerhalb eines Versicherungsjahres ist die Entschädigungsleistung auf 1 Mio. Euro begrenzt.⁸⁸ Zu den bereits erwähnten Leistungsarten zählt auch der Verlust von fremden Schlüsseln sowie Mietsachschäden innerhalb einer Reiseunterkunft, die zu dem Bereich Haus und Wohnung gehören.⁸⁹ Für den Bereich Sport und Freizeit erstreckt sich der Versicherungsumfang auf die gesetzliche Haftpflicht als Fußgänger und Radfahrer sowie bei der Ausübung von Sport. Schäden, die

⁸⁴ Vgl. § 832 BGB.

⁸⁵ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 71.

⁸⁶ Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Proximus 3, 2014), S. 285.

⁸⁷ Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Proximus 3, 2014), S. 286.

⁸⁸ Vgl. ebd.

⁸⁹ Vgl. ebd.

auf Grund der Ausübung von Sport sowie der Nutzung von Sportgeräten (bspw. Windsurfbretter) entstehen, sind neben Schäden, die durch elektronischen Datenaustausch verursacht werden, mitversichert.⁹⁰ Zahme Haustiere, wie z.B. Vögel, Meerschweinchen oder Katzen, sind ebenfalls im Versicherungsschutz inbegriffen. Hunde, Pferde, Rinder sowie andere Reit- und Zugtiere sind wie auch wilde Kleintiere vom Versicherungsschutz ausgeschlossen, da hier ein separater Haftpflichtvertrag erforderlich ist. Für Hunde und Pferde ist eine Tierhalterhaftpflichtversicherung abzuschließen.⁹¹ Der Versicherungsschutz für Aufenthalte im Ausland ist unverzichtbar. Möglicherweise unterscheidet sich nämlich die deutsche Kostenstruktur von der im Ausland. Bei Auslandsaufenthalten wird zwischen dem Aufenthalt innerhalb der EU-Staaten (einschließlich der Gebiete, die zur EU gehören) sowie dem in außereuropäischen EU-Gebieten unterschieden.⁹² Die Deckung für Auslandsaufenthalte ist meistens auf 1 Jahr begrenzt.⁹³ Die Privathaftpflichtversicherung ist eine freiwillige Versicherung, deren Abschluss jeder Person freigestellt ist. Da sie nicht von jedem als wichtig erachtet wird, kam es in der Vergangenheit häufig zu Schadensfällen, in denen eine Regulierung nicht vorgenommen werden konnte, da der Schädiger die entsprechenden finanziellen Mittel nicht aufbringen konnte. Damit die Versicherungsunternehmen ihren Versicherungsnehmern für solch einen Fall eine Unterstützung bieten können, wurde die Forderungsausfalldeckung Mitte der 90er Jahre eingeführt.⁹⁴ Dieser Leistungsbaustein kann gegen einen Mehrbeitrag in den Versicherungsvertrag mit eingeschlossen werden oder ist bereits in einer Tarifvariante mit enthalten. Die Forderungsausfalldeckung bietet dem Versicherungsnehmer sowie den vertraglich mitversicherten Personen Versicherungsschutz für Schäden, die ihnen zugefügt werden, bei denen der Schädiger aber seiner Ersatzpflicht nur teilweise nachkommen kann.⁹⁵ Dies

⁹⁰ Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Proximus 3, 2014), S. 287-289.

⁹¹ Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Proximus 3, 2014), S. 287.

⁹² Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Proximus 3, 2014), S. 288.

⁹³ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 238.

⁹⁴ Vgl. Wilke (2016), S. 302.

⁹⁵ Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Proximus 3, 2014), S. 293.

kann den Grund haben, dass der Schädiger keine Privathaftpflichtversicherung hat oder ihm die finanziellen Mittel für eine Entschädigungszahlung fehlen. Das Versicherungsunternehmen übernimmt ab einer Schadenshöhe von 2.500 Euro die Schadensersatzleistung.⁹⁶ Voraussetzung für die Leistungspflicht des Versicherungsunternehmens ist, dass vor einem Gericht der BRD oder eines Mitgliedsstaates der EU ein rechtskräftiges Urteil oder ein vollstreckbarer Titel gegenüber dem Schädiger festgestellt wurde. Für den Fall, dass der Versicherungsnehmer oder eine mitversicherte Person nachweist, dass die Zwangsvollstreckung gegenüber dem Schädiger erfolglos war, ist das Versicherungsunternehmen ebenfalls zur Leistung verpflichtet.⁹⁷ Mit der Forderungsausfalldeckung sowie den Voraussetzungen für die Leistungspflicht des Versicherungsunternehmens hat der Versicherungsnehmer einen deutlichen Vorteil, da er Schadensersatz erhält. Die Ansprüche gehen dann auf das Versicherungsunternehmen über und der Versicherungsnehmer muss bei der Titelumschreibung mitwirken.⁹⁸

Bei der Privathaftpflichtversicherung handelt es sich um eine Allgefahrendeckung, wodurch mit Hilfe der Versicherungsbedingungen bestimmte Ausschlüsse vom Versicherungsschutz fixiert sind. Versicherungsunternehmen sehen einen Ausschluss bei Schäden, die durch den Versicherungsnehmer vorsätzlich herbeigeführt wurden.⁹⁹ Ein weiterer Ausschluss besteht für Schäden, die sich versicherte Personen untereinander zugefügt haben. Hierzu hat allerdings eine Veränderung stattgefunden, da einige Versicherungsunternehmen abweichend davon, eine Entschädigungsleistung für Personenschäden mit einschließen, die durch die mitversicherten Personen untereinander entstanden sind.¹⁰⁰ Gefährliche Sportarten oder Gefahren, die mit der beruflichen Tätigkeit des Versicherungsnehmers verbunden sind, sind nicht versicherbar. Selbstverständlich gibt

⁹⁶ Vgl. ebd.

⁹⁷ Vgl. ebd.

⁹⁸ Vgl. ebd.

⁹⁹ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 281.

¹⁰⁰ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 282 f.

es neben den genannten Ausschlüssen noch weitere. Andererseits kann die Privathaftpflichtversicherung durch Einschlüsse erweitert werden. Solch ein Einschluss kann bspw. die Tierhalterhaftpflicht für Hunde und Pferde sein. Die Einschlüsse stellen Bausteine dar, die innerhalb der Privathaftpflichtversicherung sonst nur eingeschränkt oder gar nicht mitversichert sind.

Die Privathaftpflichtversicherung hat zwei wichtige Aufgaben. Zum einen wehrt sie Ansprüche ab, die unberechtigt sind und zum anderen befriedigt sie Schadenersatzansprüche.

Der Versicherungsnehmer hat bei Antragstellung vor und nach dem Eintritt eines Versicherungsfalls verschiedene Obliegenheiten zu beachten. Schadensfälle sind dem Versicherungsunternehmen innerhalb 1 Woche anzuzeigen. Ebenso muss der Versicherungsnehmer dafür Sorge tragen, dass ein Schadensfall durch ihn gemindert oder gar abgewendet wird. Der Schadensfall muss wahrheitsgemäß geschildert werden.¹⁰¹ Dies soll nur einen kleinen Auszug aus den Obliegenheitspflichten darstellen. Sollte der Versicherungsnehmer seinen Pflichten nicht nachkommen, kann das Versicherungsunternehmen, je nach Schwere der Obliegenheitsverletzung, eine Kürzung oder Ablehnung der Schadensregulierung vornehmen.¹⁰²

2.5 Begriffliche Einordnung gesetzliche und freiwillige Versicherung

In den vorangegangenen Erläuterungen der begrifflichen Grundlagen fand eine Unterscheidung zwischen Pflichtversicherung und freiwilliger Versicherung innerhalb Deutschlands statt. Der Abschluss einer Pflichtversicherung ist durch das Gesetz bestimmt. Der Zusammenhang besteht hier durch die berufliche Tätigkeit, mit der ein erhöhtes Risiko einhergeht oder durch einen Umstand, der die Gefährdungshaftung betrifft. Berufe, die nur unter Nachweis einer

¹⁰¹ Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Proximus 3, 2014), S. 301 f.

¹⁰² Vgl. BWV e.V. (Hrsg.) (Proximus 3, 2014), S. 302.

abgeschlossenen Berufshaftpflichtversicherung ausgeübt werden dürfen, sind u.a. Ärzte, Steuerberater, Rechtsanwälte und Hebammen.¹⁰³ Gerade in der beruflichen Tätigkeit als Arzt, bei denen bspw. durch Kunstfehler o.ä. immense finanzielle und psychische Folgen entstehen können, stellt ein Fehlen einer solchen Versicherung ein immenses finanzielles Risiko dar. Für Arzneimittelhersteller besteht nach § 94 Arzneimittelgesetz ebenfalls die Pflicht zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung.¹⁰⁴ Hier hat der Hersteller Sorge zu tragen, dass durch die Verwendung des hergestellten Arzneimittels entstandene Schäden erstattet werden. Auch im Privatbereich gibt es Pflichtversicherungen. Nach § 17 (1) BJagdG folgt der Entzug des Jagdscheins, wenn der Jäger eine bestehende Jagd-Haftpflichtversicherung nicht nachweisen kann.¹⁰⁵ Eine weitere Pflichtversicherung im privaten Bereich ist die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung. Sie ist gesetzlich über die Pflichtversicherung von Kraftfahrzeughaltern sowie innerhalb der Kraftfahrzeug-Pflichtversicherungsverordnung verankert. Mit dem „Gesetz über die Einführung der Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter“ (Gesetz vom 7. November 1939, RGBl. I S. 2223) wurde die Verpflichtung zum Abschluss verkündet und 1940 erfolgte die Einführung in Deutschland. Durch den Gebrauch von Kraftfahrzeugen entstand ein hohes Betriebsrisiko sowie eine Gefahr für die Umwelt, wodurch die Einführung unumgänglich war. Nach § 1 PflVG ist der Fahrzeughalter verpflichtet, eine Versicherung abzuschließen. Diese umfasst den Schutz gegen Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die durch den Gebrauch eines Kraftfahrzeugs durch den Eigentümer selbst sowie durch den Fahrer entstehen.¹⁰⁶

¹⁰³ Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016), S. 16 f.

¹⁰⁴ Vgl. § 94 Arzneimittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3394), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. April 2016 (BGBl. I S. 569) geändert worden ist.

¹⁰⁵ Vgl. § 17 (1) Bundesjagdgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), das zuletzt durch Artikel 422 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist.

¹⁰⁶ Vgl. § 1 Pflichtversicherungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. April 1965 (BGBl. I S. 213), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. April 2013 (BGBl. I S. 932) geändert worden ist.

Durch europarechtliche Vorschriften in Anlehnung an § 4 PflVG (beinhaltet die Mindestanforderungen an die Versicherung) wurde die Kraftfahrzeug-Pflichtversicherungsverordnung zum 21.07.1994 per Gesetz beschlossen.¹⁰⁷ Sie regelt die Mindestvertragsbedingungen für die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung, wonach sich alle Versicherungsunternehmen richten müssen. Die Zulassung eines Kraftfahrzeuges ist laut diesem Gesetze nicht möglich, wenn kein Versicherungsschutz nachgewiesen werden kann. Der Nachweis erfolgt durch die elektronische Versicherungsbestätigung (eVB), mit der das Versicherungsunternehmen gegenüber den Zulassungsstellen das Vorhandensein einer Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung bestätigt. Diese Bestätigung wird elektronisch übermittelt. Für den Fall, dass der Versicherungsnehmer seiner Prämienzahlungspflicht nicht nachkommt, erfolgt eine Meldung des Versicherungsunternehmens an die Zulassungsstelle, dass der Versicherungsschutz entzogen wurde. Dies hat zur Folge, dass das Kraftfahrzeug außer Betrieb gesetzt werden muss, indem die Prüfplakette vom Nummernschild entfernt wird. Erst durch erneute Hinterlegung einer elektronischen Versicherungsbestätigung kann wieder eine Zulassung erfolgen. Gesetzliche Vorgaben des Landes bestimmen die Höhe der Versicherungssumme. Sie muss aber mindestens den Deckungssummen entsprechen, die innerhalb Deutschlands gültig sind. Die Pflicht zur Versicherung hat die Grundintension, Verkehrsoffer gegen die Folgen nach einem Verkehrsunfall zu schützen.¹⁰⁸

Innerhalb Deutschlands gibt es eine Vielzahl von verschiedenen freiwilligen Versicherungen, die den Konsumenten zur Verfügung stehen. Statistisch gesehen, werden weniger als 20 % des Einkommens der Konsumenten für freiwillige Versicherungen verwendet.¹⁰⁹ Ein Grund hierfür ist das menschliche Bedürfnis. So unterschiedlich die menschlichen Bedürfnisse sind, so unterschiedlich ist

¹⁰⁷ Vgl. § 4 PflVG.

¹⁰⁸ Vgl. Eichenauer u.a. (2009), S. 364.

¹⁰⁹ Vgl. Michaels, Bernd (2005): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündefall -, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH (2005), Karlsruhe, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens

auch die innere Einstellung zu Versicherungen. Nicht jeder hat das Bedürfnis, sein Tun und Handeln zu vertreten und abzusichern ungeachtet dessen, welche Folgen daraus entstehen können. Hierbei spielt die innere Einstellung sowie äußere Faktoren eine wichtige Rolle, die das Handeln positiv oder auch negativ beeinflussen können. Äußere Faktoren können bspw. die Erziehung oder der Kontakt mit Freunden und Bekannten sein, die eine prägende Wirkung haben. Sollten diese Faktoren wirklich darüber entscheiden, ob man sich freiwillig für den Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung entscheidet oder sollte diese Entscheidung durch gesetzliche Vorschriften getroffen werden?

3 Argumente aus Kundensicht

3.1 Pro-Argumente

Die Einführung der Privathaftpflichtversicherung als gesetzliche Pflichtversicherung scheint unter Betrachtung aller Umstände, einen enormen Aufwand mit sich zu bringen. Nicht nur durch neue gesetzliche Bestimmungen, die bei den Versicherungsunternehmen einen durchaus positiven Anklang fänden, sondern es müsste auch ein Umdenken in den Köpfen der Menschen stattfinden. Dieses Umdenken dürfte nicht dadurch erzwungen werden, dass die Privathaftpflichtversicherung eine Pflichtversicherung ist, sondern dem Konsumenten müssten die Vorteile aufgezeigt werden, damit er Verständnis für diese Thematik entwickelt. Nachfolgend werden Pro- und Contra-Argumente aus Sicht der Versicherungsnehmer dargestellt.

Wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln ausführlich beschrieben, besteht nach § 823 BGB eine Pflicht zum Schadenersatz.¹¹⁰ Jeder hat das Recht, für einen entstandenen Schaden eine Entschädigung zu verlangen – jedoch stellt sich hierbei die Frage nach den Erfolgsaussichten und der Dauer, bis die Entschädigungszahlung ganz oder teilweise erfolgt. Der Umfang eines Schadens ist kaum abschätzbar, da dieser von einem Bagatellschaden (z.B. Brandloch in der Hose) bis hin zu einem Personenschaden mit lebenslangen finanziellen Aufwendungen (z.B. Geschädigter erleidet Querschnittlähmung) reichen kann. Diese Ausmaße sind für viele kaum vorstellbar und sehr abstrakt, sodass die Notwendigkeit einer entsprechenden Absicherung noch nicht erkannt wird. Dies verdeutlicht auch der Umstand, dass sich nur ca. 73 % der Bevölkerung für den Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung entschieden haben.¹¹¹ Die

¹¹⁰ Vgl. § 823 BGB.

¹¹¹ Vgl. Statista: Verteilung des Versicherungsschutzes privater Haushalte in Deutschland in den Jahren 2014 und 2015, in: Statista.com, URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167890/umfrage/versicherungsschutz-der-haushalte-in-deutschland/> (Zugriff am 31.05.2016).

restlichen ca. 27 % sind sich des Risikos womöglich nicht bewusst und stellen somit gleichzeitig ein Risiko dar, weil ein evtl. durch sie entstandener Schaden unter Umständen nicht ersetzt werden kann, wenn die finanziellen Mittel nicht ausreichen. Als Geschädigter hat man den Wunsch sowie das Recht, den entstandenen Schaden vollumfänglich ersetzt zu bekommen. Mit der Einführung der Privathaftpflichtversicherung als Pflichtversicherung könnte gewährleistet werden, dass ein Geschädigter keine Sorge um die Befriedigung seiner *Schadenersatzansprüche* haben muss.

Die Dauer bis zur Auszahlung der *Entschädigungszahlung* wäre auch überschaubar, da hier die Lenkung und Veranlassung durch das Versicherungsunternehmen vorgenommen wird. Ein hoher zeitlicher Aufwand sowie zusätzliche Kosten für die Beauftragung eines Rechtsanwaltes, wenn der Schädiger weder eine Privathaftpflichtversicherung noch entsprechendes finanzielles Vermögen besitzt, würden für den Geschädigten wegfallen. Bei Personenschaden handeln, ist ein Gerichtsverfahren in der Regel unumgänglich, da es sich oft nicht nur um Bagatellschäden handelt. Abschließend wird mittels Gerichtsurteil über den Umfang und die Höhe der Entschädigungszahlung entschieden. Dies kann sich nachteilig für den Geschädigten auswirken, da mit dem Schädiger eine monatliche Zahlungsvereinbarung über einen bestimmten Zeitraum hinweg vereinbart werden kann. Die Höhe richtet sich auch nach dem monatlichen Einkommen des Schädigers. Je höher es ist, desto höher kann die monatliche Zahlung an den Geschädigten ausfallen. Für den Fall das dies nicht so ist, fällt dementsprechend auch die Zahlung geringer aus. Hat der Geschädigte nun überhaupt kein Einkommen, ist eine monatliche Zahlung generell nicht möglich. Bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen würde die gesetzliche Krankenversicherung des Geschädigten einspringen und die Behandlungskosten übernehmen. Der Geschädigte müsste auch auf die Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber nicht verzichten, da diese gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Dauer der Lohnfortzahlung umfasst 6 Wochen.¹¹²

¹¹² Vgl. § 3 Entgeltfortzahlungsgesetz vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014, 1065), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 16. Juli 2015 (BGBl. I S. 1211) geändert worden ist.

Ein weiterer Vorteil für die Versicherungsnehmer könnte daraus resultieren, dass durch die Pflicht zum Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung eine *Senkung der Versicherungsprämien* ermöglicht wird. Dadurch, dass die Gemeinschaft der Versicherten größer wird, kann auch das bestehende Risiko auf eine größere Anzahl umverteilt werden. Voraussetzung hierfür ist, dass die Höhe der Entschädigungszahlungen bedingt durch die Schadensquote nicht bedeutend ansteigen, sodass die Versicherungsunternehmen mehr Personal für die Schadensbearbeitung benötigen und somit die Personalkosten steigen.

3.2 Contra-Argumente

Wie unter dem Punkt Contra-Argumente für Versicherungsunternehmen angesprochen, kann mit einem Anstieg der Schadensfälle im Zusammenhang mit wachsenden Entschädigungszahlungen und den damit verbundenen ansteigenden Personal- und Schadenskosten auch eine *Erhöhung der Versicherungsprämien* verbunden sein, um den höheren Kostenaufwand abzudecken. Somit könnte sich eine scheinbare Senkung der Versicherungsprämien auch ins Gegenteil umkehren und sich nachteilig für die Versicherungsnehmer auswirken. Für den Fall, dass bei dem Bevölkerungsteil ohne Privathaftpflichtversicherung kein Umdenken der inneren Einstellung zu diesem Thema stattfindet, könnte die Einführung einer Pflichtversicherung bei diesem Bevölkerungsteil zu Widerstand führen. Diese Personen erkennen unter Umständen noch immer nicht die Notwendigkeit einer solchen Versicherung und fühlen sich somit dem *Zwang* ausgesetzt eine Privathaftpflichtversicherung abschließen zu müssen. Mit einer Pflichtversicherung sowie einer Versicherungspflicht wird innerhalb der Marktwirtschaft ein drastischer Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der Verbraucher bzw. Versicherungsnehmer vorgenommen.¹¹³ Dieser Zwang kann

¹¹³ Vgl. Schulenburg, Prof. Dr. J.-Matthias Graf v. d. (2005): Pflichtversicherung - ein historischer Rückblick, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH (2005), Karlsruhe, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündefall -. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30. Oktober 2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe, S. 25.

auch nachteilige Folgen für Versicherungsunternehmen mit sich bringen, die im Punkt Contra-Argumente für Versicherungsunternehmen beschrieben sind.

4 Argumente aus Sicht der Versicherungsunternehmen

4.1 Pro-Argumente

Die Einführung einer Pflichtversicherung stellt für die Versicherungsunternehmen eine Chance im Bereich der eigenen Unternehmensziele dar. Ein Beispiel für Unternehmensziele sind unter anderem die Steigerung des Umsatzes, die eigene Positionierung am Markt sowie die Steigerung der Cross-Selling-Quote innerhalb der eigenen Kundenbeziehungen. Geht man davon aus, dass ca. 73 % der Bevölkerung eine Privathaftpflichtversicherung besitzen, bieten die restlichen ca. 27 % Potenzial für einen Abschluss. Sollten die Versicherungsunternehmen diese 27 % für sich als Kunden gewinnen, können sie somit einen deutlichen Zuwachs innerhalb der Neukundengewinnung verzeichnen. Die Gewinnung von Neukunden bedeutet einen steigenden Absatz an Versicherungsverträgen und somit eine *Umsatzsteigerung*.¹¹⁴ Durch den Zuwachs von Neukunden innerhalb des Versicherungsunternehmens kann mit dem dadurch verbundenen Anstieg im Bereich Umsatz und Gewinn auch eine *verbesserte Positionierung am Markt* erzielt werden. Durch eine gute Marktpositionierung werden leistungsstarke Versicherungsunternehmen bewusster wahrgenommen. Dieser Synergieeffekt kann ebenfalls zur Neukundengewinnung führen.¹¹⁵ Neukunden bieten neben den bereits vorhandenen Kundenbeziehungen für die Versicherungsunternehmen eine Basis, um die *Cross-Selling-Quote* auszuschöpfen. Den Kunden wird zu bereits bestehenden Versicherungsverträgen angeboten, ein Vergleichsangebot zu erstellen, das den bereits vorhandenen Versicherungsschutz im Zusammenhang mit der Versicherungsprämie und der versicherten Leistung gegenüberstellt. Ziel ist es hierbei, den Kunden einen

¹¹⁴ Vgl. Beenken, Dr. Matthias (2013): Vertriebsmanagement, Fach- und Führungskompetenz für die Assekuranz, 2. Auflage, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH (2013), Karlsruhe, in: Berufsbildungswerk der Deutschen Versicherungswirtschaft (BWV) e.V. (Hrsg.), Karlsruhe, S. 15.

¹¹⁵ Vgl. Beenken (2013), S. 14.

günstigeren Beitrag anzubieten bzw. einen höheren Beitrag durch Leistungsverbesserungen oder Leistungserweiterungen zu begründen. Somit wird innerhalb der Kundenbeziehung spartenübergreifendes Neugeschäft generiert.¹¹⁶

4.2 Contra-Argumente

Die bewusste Wahrnehmung der Menschen, dass man eine Versicherung hat, die für Schäden aufkommt und die Entschädigungszahlung übernimmt, erhöht die Gefahr des *Versicherungsbetrugs*. Es kommt nicht selten vor, dass versucht wird, das Haus zu versichern, das bereits in Brand steht. Häufig werden Schadensfälle dahingehend manipuliert, dass der Schadenverlauf eines entstandenen Schaden, der eigentlich nicht versichert ist, so dargestellt wird, dass daraus ein ersatzpflichtiger Schaden wird. Ebenso bietet auch die Höhe des Schadens Raum für Manipulation, da sie oft höher angegeben wird. In wenigen Fällen werden auch Schadensfälle eingereicht, die überhaupt nicht eingetreten sind.¹¹⁷ Innerhalb der Privathaftpflichtversicherung können solche fingierten Schadensfälle durch nachbarschaftliche oder freundschaftliche Gefälligkeiten entstehen, indem Dritte die Schuld für einen entstandenen Schaden auf sich nehmen. Jedoch handelt es sich bei Schäden, die manipuliert wurden, meist um kleinere Bagatellschäden. Für die Versicherungsunternehmen gestaltet sich der Nachweis des Versicherungsbetrugs schwierig. Meistens ist die Beweisführung langwierig, aufwendig und kostenintensiv, sodass eine Entschädigungszahlung günstiger ist. Laut einer Befragung im Jahr 2011 zu dem Thema „Versicherungsbetrug in Deutschland“, stimmen 23 % der Deutschen zu, dass doch fast jeder einmal Versicherungsbetrug begangen hat.¹¹⁸ Ebenso sind 21 % der Befragten der Meinung, dass es legitim sei, wenn das Versicherungsunternehmen

¹¹⁶ Vgl. Wagner, Prof. Dr. Fred: Cross Selling, in: Gabler Wirtschaftslexikon, URL:

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/cross-selling.html> (Zugriff am 31.05.2016).

¹¹⁷ Vgl. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV): Art des Versicherungsbetrugs, 2011, URL: <http://www.gdv.de/versicherungsbetrug/zahlen-und-fakten/> (Zugriff am 31.05.2016).

¹¹⁸ Vgl. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV): Das macht doch jeder mal, 2011, URL: <http://www.gdv.de/versicherungsbetrug/zahlen-und-fakten/> (Zugriff am 31.05.2016).

einmal mehr zu zahlen habe als unbedingt nötig.¹¹⁹ Sollte man sich keine Gedanken mehr darüber machen müssen, auf nachbarschaftliche oder freundschaftliche Unterstützung bei einem fingierten Schadensfall angewiesen zu sein, da jeder eine Privathaftpflichtversicherung hat, würde die Hemmschwelle im Bereich des Versicherungsbetrugs deutlich sinken. Man muss sich demzufolge niemanden suchen, der im Besitz einer Privathaftpflichtversicherung ist. Ein weiterer Nachteil für Versicherungsunternehmen kann das *fahrlässige Verhalten* von Menschen sein, das durch deren Gewissheit hervorgerufen wird, dass jeder durch eine Privathaftpflichtversicherung abgesichert ist. Diese Verhaltensveränderung des moralischen Risikos der Versicherungsnehmer bezeichnet man als „Moral Hazard“.¹²⁰ Die Änderung der Verhaltensweise ist daran zu erkennen, dass eine Vielzahl von Schäden durch mutwillige Zerstörung hervorgerufen werden. Dadurch wollen die Versicherungsnehmer Schäden ausgleichen, die unter Berücksichtigung der Entschädigungsleistung in diesem Umfang nicht entstanden sind. Der Anreiz zu einem solchen Verhalten liegt darin, dass man sich die eingezahlten Versicherungsprämien zurückholen möchte. In vielen Fällen entsteht ein Zusammenwirken zwischen Dritten und dem Versicherungsnehmer, da der Dritte ebenfalls einen Profit aus den Versicherungsleistungen generieren möchte. Dieses Verhalten hat eine negative Auswirkung auf die Gemeinschaft der Versicherten, da es zu deren Lasten geht.¹²¹ Sollten die Schadensfälle durch das Bewusstsein der Menschen, dass jeder eine Privathaftpflichtversicherung hat, sowie durch veränderte moralische Wertevorstellungen im Zusammenhang mit Schadensmanipulationen o.Ä. ansteigen, führt dies natürlich zu einem erhöhten Arbeitsaufwand innerhalb der Versicherungs-

¹¹⁹ Vgl. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV): Versicherungsbetrug = Kavaliersdelikt?, 2011, URL: <http://www.gdv.de/versicherungsbetrug/zahlen-und-fakten/> (Zugriff am 31.05.2016).

¹²⁰ Vgl. Schwintowski, Prof. Dr. Hans-Peter (2005): Pflichtversicherungen - aus Sicht der Verbraucher, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH (2005), Karlsruhe, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündefall -. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30. Oktober 2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe, S. 52.

¹²¹ Vgl. ebd.

unternehmen im Bereich der Personal- und Schadenskosten. Diese müssten evtl. anderweitig frei gewordene Ressourcen innerhalb der Unternehmensstruktur bündeln und in der Schadensbearbeitung einsetzen, da die vorhandenen Kapazitäten womöglich nicht mehr ausreichen. Daraus resultiert ein erhöhter Personalbedarf, der u.U. durch Neueinstellungen gedeckt werden muss. Hierdurch entstehen dem Versicherungsunternehmen wiederum deutlich steigende Personalkosten, die an anderer Stelle wieder neu erwirtschaftet werden sollten. Im schlimmsten Fall würde sich dieser Umstand nachteilig auf die Versicherungsnehmer auswirken, da möglicherweise keine für sie vorteilhafte Prämien-senkung erzielt wird – sondern eine Prämien-erhöhung stattfindet.

5 Auswertung der Befragung

5.1 Fragebögen zur Privathaftpflichtversicherung

Die Verfasserin hatte in einer Versicherungsagentur die Möglichkeit, sich telefonisch an 15 Kunden zu wenden, die sich mit der Beantwortung der Fragebögen einverstanden erklärten. Die telefonische Befragung der Kunden erfolgte mittels vorformulierter, schriftlich fixierter Fragen, die von der Verfasserin speziell für das Thema der Privathaftpflichtversicherung erarbeitet wurden. Vor der Befragung wurden die Kunden von der Verfasserin kurz über den Hintergrund des Fragebogens informiert. Damit die Kunden nicht vom zeitlichen Aufwand für die Beantwortung des Fragebogens abgeschreckt würden, teilte die Verfasserin ihnen vorab mit, dass der Fragebogen lediglich vier Fragen enthalte, deren Beantwortung nicht mehr als 10 bis 15 Minuten beanspruchen würde. Altersstruktur, Berufsstand, Geschlecht oder Bildungsstand der Kunden spielten bei der Befragung keine Rolle.

Die Fragen waren konzipiert, dass diese die gewünschten zu analysierenden Themenbereiche umfassen:

Frage 1 – *Beantwortung der Frage, ob eine Privathaftpflichtversicherung besteht oder nicht*

Mit dieser Frage wird beabsichtigt, die Befragten nach ja oder nein zu unterteilen. Die entsprechende Antwort konnte durch vier genannte mögliche Gründe für das Bestehen oder Nichtbestehen einer Privathaftpflichtversicherung näher erklärt werden. Außerdem gab es ein Feld mit Antwortoptionen aus der individuellen Sicht der befragten Personen.

Frage 2 – *Frage für die Befragten, die das Bestehen einer Privathaftpflichtversicherung bejaht haben*

Diese Frage zielte im Zusammenhang mit dem Bestehen der Privathaftpflichtversicherung darauf ab, ob sie schon einmal in Anspruch genommen werden musste und ob die Abwicklung des Schadensfalls für die Kunden zufriedenstellend war. Hier sollte die Erfahrung mit dem Thema Privathaftpflichtversicherung im Zusammenhang mit Schadensfällen hinterfragt werden.

Frage 3 – Frage für die Befragten, die das Bestehen einer Privathaftpflichtversicherung verneint haben

Mit dieser Frage sollten Bedingungen aus Sicht der befragten Personen erforscht werden, die dazu beitragen würden, sich für den Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung zu entscheiden.

Frage 4 – Frage für beide Positionen der Befragten nach der Meinung bzgl. der Einführung der Privathaftpflichtversicherung als gesetzliche Pflichtversicherung

Hiermit sollte die Meinung der Befragten zur Einführung der bisher freiwilligen Privathaftpflichtversicherung als Pflichtversicherung eruiert werden. Gefragt wurden sowohl Personen, die sich bereits für den Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung entschieden haben, als auch die, die einen solchen Vertrag nicht abgeschlossen haben.

Frage 5 – Frage nach dem monatlichen Einkommen

Bei dieser Frage waren durch die Verfasserin vorgegebene monatliche Einkommensgrenzen aufgeführt, die entsprechend angekreuzt werden sollten.

Die beantworteten Fragebögen der befragenden Personen, die schriftlich durch die Verfasserin festgehalten wurden, befinden sich im Anhang zur vorliegenden Arbeit. Da die Befragten anonym behandelt werden wollten, werden sie als Kunde 1 bis Kunde 15 aufgeführt. Die Verfasserin hat die Fragebögen so sortiert, sodass zuerst die Fragebögen der Personen einzusehen sind, die eine Privathaftpflichtversicherung besitzen.

Frage 1: Haben Sie eine Privathaftpflichtversicherung?

Das Hauptaugenmerk für die Beantwortung dieser Frage lag hierbei darauf, ob die Befragten im Besitz einer Privathaftpflichtversicherung sind oder nicht und welche Gründe dafür bzw. dagegen sprechen. Als Gründe wurden jeweils vier Antwortmöglichkeiten durch die Verfasserin vorgegeben sowie ein variables Antwortfeld für weitere Gründe, die von der Verfasserin nicht benannt wurden. Hierbei waren Mehrfachnennungen durch die befragten Personen möglich.

Von den 15 Befragten sind 11 (73,33 %) im Besitz einer Privathaftpflichtversicherung und 4 (26,67 %) können das Bestehen einer Privathaftpflichtversicherung nicht bestätigen. Als Gründe für den Besitz einer

Privathaftpflichtversicherung hatten die Befragten die Wahlmöglichkeit zwischen *eigene Erfahrung mit dem Thema gehabt*, *Beitrag hierfür ist angemessen*, *wurde ausreichend darüber informiert* sowie das variable Antwortfeld *sonstige Gründe*. Die 11 Befragten haben ihren Fokus auf die eigene Erfahrung, den angemessenen Beitrag sowie die ausreichende Information hinsichtlich der Thematik gelegt.

Die befragten Personen ohne Privathaftpflichtversicherung konnten zwischen den Gründen *habe keine Erfahrung mit dem Thema*, *Beitrag ist zu teuer*, *wurde darüber nicht informiert* und dem variablen Antwortfeld *sonstige Gründe* wählen. Die meisten Antworten der 4 Befragten sind bei dem Punkt *Beitrag ist zu teuer* und *sonstige Gründe* zu finden. Als sonstige Gründe erhielt die Verfasserin bspw. die Antwort, dass ein kaputtes Handy oder eine kaputte Kamera selbst ersetzt werden könnten oder einfach kein Interesse für dieses Thema vorhanden sei.

Frage 2: Haben Sie Ihre Privathaftpflichtversicherung schon einmal in Anspruch genommen?

Wenn Ja, waren Sie mit der Schadenabwicklung zufrieden?

Diese Frage war für die zu befragenden vorgesehen, die das Bestehen einer Privathaftpflichtversicherung bejaht haben. Hier galt es, in Erfahrung zu bringen, ob die Befragten, die sich für den Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung entschieden haben, diese bereits in Anspruch nehmen mussten. Die befragten Personen, die bereits einen Schadensfall hatten, der die Leistung der Privathaftpflichtversicherung bedurfte, sollten berichten, ob die Abwicklung des entstandenen Schadenfalls zu ihrer Zufriedenheit erfolgte.

Von den 11 Befragten mit einer Privathaftpflichtversicherung mussten 8 diesen Vertrag schon einmal in Anspruch nehmen. Von diesen 8 Befragten, die ihre Privathaftpflichtversicherung schon einmal zum Schadenersatz herangezogen haben, waren 7 mit der Abwicklung des Schadens zufrieden, 1 Befragter hatte mit der Arbeitsweise des Schadensachbearbeiters seine Probleme. Die verbleibenden 3 Befragten haben noch keinen Gebrauch von ihrer Privathaftpflichtversicherung machen müssen, sodass sie keine Auskunft hinsichtlich einer Schadenabwicklung geben konnten.

Frage 3: Welche Rahmenbedingungen müssten für „Sie“ gegeben sein, damit Sie eine Privathaftpflichtversicherung abschließen würden?

Diese Frage zielte darauf ab, von den Befragten, die keine Privathaftpflicht vorweisen können, Anhaltspunkte bzw. Bedingungen zu erfahren, die für sie ausschlaggebend wären, einen solchen Vertrag abzuschließen.

Von den 4 befragten Personen ohne Privathaftpflichtversicherung, antworteten 2, dass es keine Bedingungen gebe, da das Thema für sie keine Bedeutung habe. 1 Befragter gab an, dass ein Abschluss erfolgen würde, wenn man müsste, aber nicht freiwillig. Lediglich 1 Befragter ließ offen, dass für ihn ein Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung denkbar wäre, sollte er einmal entsprechende Erfahrungen gemacht haben.

Frage 4: Was würden Sie davon halten, wenn die Privathaftpflichtversicherung eine gesetzliche Pflichtversicherung werden würde?

Diese Frage richtete sich an alle Befragten. Mit dieser Frage sollte herausgefunden werden, ob die befragten Personen, die einen solchen Vertrag besitzen, auch für die Einführung der Privathaftpflichtversicherung als gesetzliche Pflichtversicherung sind und umgekehrt.

Die 11 Befragten mit einer Privathaftpflichtversicherung waren dafür, dass die Privathaftpflichtversicherung als gesetzliche Pflichtversicherung verankert wird. Als Grund nannten sie nicht nur die Absicherung der Schadenersatzansprüche ggü. Dritten. Von den 11 befragten Personen mit einer Privathaftpflichtversicherung gaben 3 zu bedenken, dass ein Schadenverursacher womöglich keine Privathaftpflichtversicherung besitzt und somit die Gefahr bestünde, dass die Schadenersatzansprüche nicht geltend gemacht werden können. Aus diesem Grund haben sich 7 dieser 11 Befragten u.a. auch für die Forderungsausfalldeckung entschieden, die bereits in Kapitel 2.4 beschrieben wurde. Im Zusammenhang mit der Forderungsausfalldeckung sind 2 der 7 befragten Personen, die diesen Schwerpunkt für wichtig halten, der Meinung, dass man sich, sollte die Privathaftpflichtversicherung als gesetzliche Pflichtversicherung eingeführt werden, keine Gedanken mehr darüber machen müsste, ob der eigene Vertrag diesen Punkt enthält. Womöglich kann man dadurch auch von einem zusätzlichen umfangreicheren Versicherungsschutz absehen. Von den 7 Befragten, die

sich für die Forderungsausfalldeckung ausgesprochen haben, empfand 1 Befragter diesen Punkt jedoch als zeitintensiv, da es unter Umständen sehr langwierig sei, bis der Geschädigte bei Zahlungsunfähigkeit des Schädigers einen Titel vor Gericht erzielt. Die 4 Befragten ohne Privathaftpflichtversicherung haben sich auch gegen die Einführung der Privathaftpflichtversicherung als gesetzliche Pflichtversicherung ausgesprochen. Von diesen 4 Personen waren 3 der Auffassung, dass sie keinem Zwang unterlegen sein wollen, einen Vertrag abzuschließen, wenn für den Abschluss eines solchen Vertrages kein Interesse besteht. Von den 3 Befragten kam auch 1 Person auf die Einschränkung der eigenen Entscheidungsfreiheit zu sprechen. Für 1 Befragten besteht keine Notwendigkeit, dass die Privathaftpflichtversicherung als gesetzliche Pflichtversicherung einzuführen.

Frage 5: Wie hoch ist Ihr monatliches Einkommen?

Mit Hilfe dieser Frage sollte ein evtl. Zusammenhang zwischen der Einkommenshöhe und dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer Privathaftpflichtversicherung hergestellt werden. Es galt herauszufinden, ob sich die befragten Personen mit einem höheren monatlichen Einkommen deutlich mehr Gedanken über den Schutz ihres Privatvermögens im Schadensfall machen als zu befragende Personen, die ein geringeres Monatseinkommen zur Verfügung haben. Ebenso galt es andersherum festzustellen, ob die Befragten mit einem geringeren monatlichen Einkommen eher als finanziell besser Gestellte (die evtl. in der Lage wären, einen Schadensfall aus dem Privatvermögen zu begleichen) ihre Schadenersatzansprüche im Falle eines Schadens innerhalb der Privathaftpflichtversicherung an ein Versicherungsunternehmen abtreten, damit das Privatvermögen unberührt bleibt.

Bei den 11 Befragten, die sich für den Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung entschieden haben, haben 3 Personen ein Einkommen von bis zu 5.000 Euro pro Monat. Weitere 4 Befragte verdienen bis zu 4.000 Euro pro Monat und 3 befragte Personen können ein monatliches Einkommen von bis zu 3.000 Euro vorweisen. Eine monatliche Einkommenshöhe von bis zu 2.000 Euro bestätigte 1 Befragter.

Von den 4 befragten Personen, die sich gegen den Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung entschieden haben, liegen 2 innerhalb einer Einkommensgrenze von bis zu 3.000 Euro pro Monat und 1 Befragter von bis zu 5.000 Euro pro Monat. Auch hier hat 1 befragte Person eine monatliche Einkommenshöhe von bis zu 2.000 Euro bestätigt.

Beurteilung Frage 1

Durch die Beantwortung der Frage, ob eine Privathaftpflichtversicherung besteht oder nicht, konnte das bereits in Kapitel 3.1 erwähnte Verhältnis innerhalb der Bevölkerung wiedergespiegelt werden, dass sich ca. 73 % der Bevölkerung für den Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung entschieden haben und somit ca. 27 % der Bevölkerung einen solchen Vertrag nicht vorweisen können. Durch die Benennung der Gründe, sollte herausgefunden werden, was für oder gegen das Bestehen eines solchen Vertrages seitens der Befragten spricht. Es wurde vermutet, dass sich die ca. 27 % der Bevölkerung möglicherweise nicht bewusst sind, welches Ausmaß ein Schaden im Rahmen der Privathaftpflichtversicherung annehmen kann. Dies spiegeln zum Teil die Antworten der befragten Personen wieder, die keine Privathaftpflichtversicherung besitzen und unter sonstige Gründe mit dem finanziellen Ausgleich eines Bagatellschadens geantwortet haben. Ein Personenschaden wurde nicht genannt. Keiner der 4 Befragten, die das Bestehen einer Privathaftpflichtversicherung verneint haben, gab an, nicht über ausreichende Informationen zu verfügen. Somit geht die Verfasserin davon aus, dass diese befragten Personen ausreichend informiert wurden. Im Vergleich zu den Befragten mit einer Privathaftpflichtversicherung kann an Hand der Kriterien, die bei ihnen für einen solchen Vertrag sprechen, vermutet werden, dass innerhalb der Bevölkerung ein Grundverständnis für dieses Thema vorhanden ist. Dies kann auch darauf zurückzuführen sein, dass die befragten Personen, die bereits einen Privathaftpflichtschaden hatten und ihren Vertrag beanspruchen mussten, wissen, was dies bedeutet und auch den Beitrag hierfür als angemessen erachten – evtl. im Vergleich zu Befragten, die noch nicht in dieser Situation waren.

Beurteilung Frage 2

Diese Frage zielte darauf ab, ob die befragten Personen mit einer Privathaftpflichtversicherung diese auch schon einmal in Anspruch nehmen mussten und ob sie mit der Abwicklung des Schadens zufrieden waren. Durch die Befragten, die auf ihren Vertrag schon einmal zurückgreifen mussten, zeigte sich, dass ein Schadensfall nicht ungewöhnlich ist und die befragten Personen sich der Bedeutung bewusst sind.

Beurteilung Frage 3

Im Zusammenhang mit dieser Frage sollte erreicht werden, dass sich die Befragten, die sich gegen den Abschluss einer Privathaftpflicht entschieden haben, über die Bedingungen äußern sollten, unter denen ein Abschluss für sie denkbar wäre. Da die Antworten dazu nicht unbedingt ausführlich waren, sondern sich auch im Bereich des Unwichtigen bewegten, lässt dies einen Zusammenhang zwischen befragten Personen, die durch einen Schadensfall wissen, was die Privathaftpflichtversicherung übernimmt, vermuten, dass diesen Befragten die Erfahrung fehlt. Möglicherweise fehlt auch das Bewusstsein für Schadensfälle, die sich nicht nur im Bereich der Bagatellschäden (bspw. kaputtes Handy/Kamera) bewegen, sondern auch im Bereich von Personenschäden.

Beurteilung Frage 4

Mit Beantwortung dieser Frage sollte analysiert werden, ob die befragten Personen, die eine Privathaftpflichtversicherung haben, auch automatisch dafür sind, dass sie als gesetzliche Pflichtversicherung eingeführt wird. Da alle Befragten mit einem solchen Vertrag sich auch für die Einführung als gesetzliche Pflichtversicherung ausgesprochen haben, und die Befragten, die keine Privathaftpflichtversicherung besitzen, auch gegen die Einführung als gesetzliche Pflichtversicherung sind, lässt sich hier ein Zusammenhang vermuten. Er kann auch mit Erfahrungen im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme des Privathaftpflichtvertrages gegeben sein. Als Hauptargument für die Einführung der Privathaftpflichtversicherung als gesetzliche Pflichtversicherung wurde ebenfalls nicht, wie vorab vermutet, genannt, dass sich die befragten Personen vor Schadenersatzansprüchen gegenüber Dritten absichern wollen, sondern einige

Befragte machten sich auch darüber Gedanken, dass ein Schadenverursacher womöglich nicht im Besitz einer Privathaftpflichtversicherung ist. Durch die befragten Personen, die die Forderungsausfalldeckung bewusst angesprochen haben, wurde verdeutlicht, dass vielen bewusst ist, dass nicht jeder in der Bevölkerung die Privathaftpflichtversicherung als wichtig erachtet und einen solchen Vertrag vorweisen kann. Dies spiegeln auch die Antworten der Befragten wieder, die keine Privathaftpflichtversicherung haben und sich zudem auch gegen deren Einführung als gesetzliche Pflichtversicherung ausgesprochen haben. Die Aussagen dieser befragten Personen könnten darauf hinweisen, dass der mögliche Umfang eines entstandenen Schadens sowie das Ausmaß, in dem dafür zu haften ist, noch nicht in allen Teilen der Bevölkerung klar ist.

Beurteilung Frage 5

Bevor die befragten Personen diese Frage beantwortet haben, hegten sie die Vermutung, dass sich Personen mit einem geringeren Einkommen eher gegen Schadenersatzansprüche durch Dritte absichern wollen und eine Privathaftpflichtversicherung abschließen. Eine weitere Annahme war, dass der Absicherungsgedanke eher bei Personen liegt, die ein höheres Monatseinkommen generieren und dieses auch von Schadenersatzansprüchen unberührt lassen wollen. Die Beantwortung der Frage zeigt, dass die Monatseinkommen der Befragten, die sich für die Privathaftpflichtversicherung entschieden haben, eher im oberen Bereich liegen, da sich lediglich 1 befragte Person auf dem Niveau des geringsten vorgegebenen monatlichen Einkommens befindet. Bei den Befragten, die sich gegen die Privathaftpflichtversicherung entschieden haben, lässt sich keine genaue Aussage über einen möglichen Zusammenhang mit dem Einkommen treffen, da die Anzahl hierfür zu gering war.

5.2 Experteninterview zur Privathaftpflichtversicherung

Um die Interviews durchzuführen, entschied sich die Verfasserin für einen Interviewleitfaden ähnlich dem des Experteninterviews. Mit diesem Leitfaden war es möglich, eine strukturierte Vorgehensweise beizubehalten. Die Reihenfolge der Fragen war systematisch gewählt, sodass ein natürlicher Gesprächsverlauf

zustande kommt. Da allen Interviewpartnern dieselben Fragen gestellt wurden, war gewährleistet, dass die Aussagen gut miteinander zu vergleichen sind.¹²²

Die Auswahl der Interviewpartner traf die Verfasserin. Die Entscheidung fiel für 5 Mitarbeiter von verschiedenen Versicherungsunternehmen, die täglich im Kundenkontakt stehen und dadurch mit der Thematik der Privathaftpflichtversicherung vertraut sind. Für die Befragung spielten dabei andere Kriterien wie bspw. das Geschlecht oder das Alter des Interviewpartners keine Rolle.¹²³

Die Verfasserin grenzte den Interviewleitfaden auf 4 Fragen ein, die die wesentlichen Aspekte der Thematik beinhalteten. Somit sollte vermieden werden, dass die Interviews den Interviewpartnern zu lang dauern würden.¹²⁴ Das Zeitfenster, das die Interviewpartner der Verfasserin zur Verfügung stellten, war jedoch stark eingeschränkt.

Der Interviewleitfaden beinhaltete folgende Fragestellungen:

Frage 1 – Haben Sie eine Privathaftpflichtversicherung?

Mit dieser Frage sollte in Erfahrung gebracht werden, ob ein solcher Vertrag für den Interviewpartner besteht oder nicht.

Frage 2 – Welche Gründe haben für bzw. gegen den Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung gesprochen?

Durch diese Frage sollte die Beantwortung der ersten Frage mit Begründungen bzw. Beispielen untermauert werden.

Frage 3 – Welche Erfahrungen haben Sie zur Beratung der Privathaftpflichtversicherung gemacht?

Mit Hilfe dieser Frage sollte eruiert werden, welche Eindrücke und Erfahrungen die Interviewpartner im täglichen Umgang mit Kunden gesammelt haben.

¹²² Vgl. Schulz, Sabrina (2009): Demenzfreundliche Kommune – Utopie oder Wirklichkeit?, in: projekt-demenz-arnsberg.de, S. 60, URL: http://www.projekt-demenz-arnsberg.de/cms/upload/docs/Bachelorarbeit_Sabrina_Schulz.pdf (Zugriff am 31.05.2016).

¹²³ Vgl. ebd.

¹²⁴ Vgl. Schulz, Sabrina (2009), S. 61.

Frage 4 – Wären Sie für die Einführung der Privathaftpflichtversicherung als gesetzliche Pflichtversicherung?

Hier sollten die Interviewpartner erklären, ob sie aus dem täglichen Umgang mit Kunden heraus eine solche Überlegung befürworten oder nicht.

Die Interviewbögen, die durch die Verfasserin schriftlich fixiert wurden, sind im Anhang beigelegt.¹²⁵

Die von der Verfasserin ausgewählten 5 Interviewpartner wurden vorab telefonisch kurz über den Inhalt der Befragung informiert, sodass gleichzeitig eine Terminabsprache stattfinden konnte.¹²⁶

Die Experteninterviews fanden auf Wunsch in den eigenen Büroräumlichkeiten der Befragten statt, die sich alle in Leipzig befinden. Somit konnte innerhalb der eigenen Büroräume ein vertrauliches Interview stattfinden – der geeignete Rahmen für vertrauliche Interviews.

Zu Beginn wurden die Interviewpartner durch eine kurze Einleitung mit dem Thema vertraut gemacht. Auf Wunsch der Befragten, sollte von einer digitalen Aufzeichnung der Interviews abgesehen werden. Die Interviews dauerten zwischen 20 und 30 Minuten.¹²⁷

Die Auswertungsgrundlage bildeten die schriftlich erfassten Antworten der Interviewpartner durch die Interviewführende. Die Experteninterviews dienten zur Ermittlung von persönlichen Meinungen und Einstellungen der Interviewpartner. Die Verfasserin behielt sich vor, nicht jeden schriftlich fixierten Satz in die Auswertung mit einzubeziehen.¹²⁸

Entsprechend den 4 Fragen des Interviewleitfadens wurden 5 Kategorien (*Bestehen einer Privathaftpflicht, Gründe dafür, Beratungserfahrungen, Bestätigung*

¹²⁵ Vgl. Schulz, Sabrina (2009), S. 62.

¹²⁶ Vgl. Schulz, Sabrina (2009), S. 63.

¹²⁷ Vgl. ebd.

¹²⁸ Vgl. Schulz, Sabrina (2009), S. 64.

der Einführung als gesetzliche Pflichtversicherung, Ablehnung dieser Einführung) gebildet, denen Textpassagen zugeordnet wurden.¹²⁹

Kategorie 1: Bestehen einer Privathaftpflichtversicherung

Da die Interviewpartner im täglichen Umgang mit Kunden stehen, kommt auch das Thema der Privathaftpflichtversicherung zur Sprache. Da die Interviewpartner beruflich eine beratende Funktion innehaben, sind sie auch über den Umfang eines solchen Vertrages informiert und haben einen Überblick in Bezug auf mögliche Schadensfälle und die daraus resultierenden finanziellen Schäden. Aus diesem Grund liegt es nahe, dass sie sich der Brisanz der Thematik bewusst sind und selbst eine Privathaftpflichtversicherung abgeschlossen haben. Diese Annahme wurde von allen 5 Befragten bestätigt:

Beispiele:

(A) „Ja, natürlich habe ich eine!“

(B) „Selbstverständlich habe ich eine [...].“

(C) „Ja, denn sollte man doch auch haben!“

Kategorie 2: Gründe dafür

Bei täglichen Kundengesprächen der Befragten, die unter anderem auch die Beratung zur Privathaftpflichtversicherung umfassen, ist es unumgänglich, den Kunden Gründe für den Abschluss eines solchen Vertrages nahezubringen. Solche Gründe können unter anderem sein, dass man sich gegen Schadersatzansprüche seitens Dritter absichern möchte, um nicht ggf. aus sein Privatvermögen zurückgreifen zu müssen, da eine Schadenersatzforderung, je nach Art des Schadens, mit erheblichen finanziellen Kosten verbunden sein kann. Diese Gründe können neben den Erfahrungen zu evtl. Schadensfällen sowie einer Vorbildfunktion für die Kunden auch ausschlaggebend dafür sein, dass ein Kundenberater eine Privathaftpflichtversicherung abschließt. Dies bestätigten

¹²⁹ Vgl. Schulz, Sabrina (2009), S. 61.

die Antworten der Interviewten:

Beispiele:

- (A) *„Ich möchte mich für Schäden absichern, welche durch mich unbeabsichtigt entstanden sind, da es sich dabei nicht immer nur um Bagatellschäden handelt [...] Personenschäden können auch entstehen!“*
- (B) *„Schäden, die ich oder meine Familie (insbesondere meine Kinder) einem anderen gegenüber verursachen, müssen doch abgesichert sein, denn mein Privatvermögen soll nicht dafür herhalten.“*
- (C) *„[...] Deckung und Übernahme von mitunter erheblichen Kosten, die aus dem täglichen Handeln entstehen können, sind nicht kalkulierbar. Aus diesem Grund ist eine Privathaftpflicht unverzichtbar.“*

Kategorie 3: Beratungserfahrungen

Die Tatsache, dass ca. 73 % der Bevölkerung im Besitz einer Privathaftpflichtversicherung sind und im Umkehrschluss sich ca. 27 % des Risikos, das sie ohne eine solche Versicherung eingehen, möglicherweise nicht bewusst sind, lässt vermuten, dass die Befragten auch Umgang mit Kunden haben, die zu den ca. 27 % gehören, die zu diesem Thema keinen Bezug haben. Dies könnten mögliche Erfahrungen der Interviewpartner sein, da somit anscheinend keinerlei Informationen zu diesem Thema bei diesen Kunden vorliegen. Diese fehlenden Informationen können in einem intensiven Beratungsgespräch dem Kunden nahegebracht werden. Ebenso können Kunden Informationen zu dieser Thematik haben, sind sich aber des Risikos nicht bewusst, wobei ggf. nachvollziehbare Beispiele helfen würden, das Risiko zu verdeutlichen. Bei Kunden, die umfänglich über diese Thematik informiert sind, sich des Risikos sowie möglicher finanzieller Folgen im Schadensfall bewusst sind, bedarf es keiner intensiven Beratung. Bei einem vollständig informierten Kunden, der großen Wert auf die finanzielle Absicherung legt, kann die Frage nach der Ersatzpflicht aufkommen, wenn ihm ein Schaden zugefügt wird und der Schädiger keine Entschädigungszahlung vornehmen kann. Dies konnte auch durch die Interviewpartner bestätigt werden:

Beispiele:

- (A) „[...] hatte [...] Kunden [...] die mit diesem Thema noch keine Berührungspunkte hatten und gar nicht wissen was das ist. [...].“
- (B) „sehr breites Grundverständnis und Akzeptanz in der Bevölkerung ist vorhanden, da die Angst vor Schadenersatzforderungen und finanziellen Regressansprüchen für einen großen Durchdringungsgrad sorgt.“
- (C) „[...] war oft keine große Beratung nötig, da viele unserer Kunden ausreichend informiert waren und die Notwendigkeit erkannt wurde.“
- (D) „einige Kunden [...] haben in erster Linie kleinere Schäden im Hinterkopf und unterschätzen bspw. Personenschäden, die unter Umständen in den Millionenbereich gehen.“
- (E) „Man muss die Risiken, die durch die eigene Person entstehen können gut und anschaulich erklären, sodass diese gut nachvollziehbar sind. [...].“
- (F) „[...] die sich bewusst waren, dass nicht jeder eine Privathaftpflichtversicherung hat und direkt nach der Forderungsausfalldeckung fragen.“

Kategorie 4: Bestätigung der Einführung als gesetzliche Pflichtversicherung

Da alle Interviewpartner über den Umfang (Schadenarten) und das Leistungsspektrum (bspw. Forderungsausfalldeckung) einer Privathaftpflichtversicherung informiert sind und wussten, dass nicht jeder eine Privathaftpflichtversicherung abgeschlossen hat und diese Personen selbst bzw. anderen ggü. einem finanziellen Risiko ausgesetzt sind, war davon auszugehen, dass alle Interviewpartner einer Einführung als gesetzliche Pflichtversicherung zustimmen. Diese Annahme konnte so nur von 4 Interviewpartnern bestätigt werden:

Beispiele:

- (A) „Ja, [...], denn ich möchte nicht auf einem Schaden sitzen bleiben, nur weil der Schädiger nicht zahlen kann oder keine Privathaftpflicht hat.“
- (B) „Würde ich sehr begrüßen. [...].“
- (C) „Ja – einfach nur ja!“

Kategorie 5: Ablehnung dieser Einführung

Entgegen allen Argumenten, die für eine Einführung der Privathaftpflichtversicherung als gesetzliche Pflichtversicherung sprächen, lehnte einer der Interviewpartner dies ab. Die Begründung der Ablehnung kam für die Verfasserin unerwartet.

„Nein, denn für die Haftung gibt es gesetzliche Grundlagen. Die individuelle Beratung, nebst des Erhalts des Berufsstandes von Vermittlern und Beratern sollte im Vordergrund stehen.“

6 Schlussbetrachtung

Mit Hilfe der vorliegenden Arbeit konnte gezeigt werden, dass die Privathaftpflichtversicherung nicht nur eine Schutzfunktion ggü. Dritten hat, indem sie für einen entstandenen Schaden finanzielle Entschädigung leistet, sondern sie schützt auch das Privatvermögen des Schädigers. Dies dokumentiert auch das Beispiel der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung. Da durch den Gebrauch eines Kraftfahrzeugs die Häufigkeit an Schadensfällen hoch ist und die Höhe der entstandenen Schäden nicht kalkulierbar ist, war die Einführung als gesetzliche Pflichtversicherung unumgänglich, da ein evtl. Verzicht auf den Versicherungsschutz nicht denkbar wäre. Anhand der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung wird dargelegt, wie das perfekte Umsetzen des Schutzes Dritter als Leitgedanke funktioniert. Bei der Einführung neuer Pflichtversicherungen ist genauestens zu prüfen, ob die Einführung durch einen Leitgedanken begründet werden kann.

Die gewonnenen Erkenntnisse, die u.a. aus den Fragebögen und Experteninterviews resultieren, belegen, dass eine Umwandlung der freiwilligen Privathaftpflichtversicherung in eine gesetzliche Pflichtversicherung empfehlenswert ist. Argumente, die aus Sicht der Kunden für die Einführung als gesetzliche Pflichtversicherung sprechen, wären u.a., dass sich der Geschädigte keine Sorgen um die Befriedigung seiner Ersatzansprüche machen müsste, sowie die überschaubare Dauer bis zur Auszahlung der Entschädigungsleistungen. Pro-Argumente aus Sicht der Versicherungsunternehmen wären bspw. die Umsatzsteigerung sowie eine verbesserte Marktpositionierung. Contra-Argumente aus Kundensicht sind eine mögliche Erhöhung der Prämien für den Versicherungsschutz bzw. der Zwang, eine solche Versicherung abschließen zu müssen. Aus Sicht der Versicherungsunternehmen wären Contra-Argumente u.a. die steigende Gefahr von Versicherungsbetrug sowie ein daraus resultierender zunehmender Arbeitsaufwand innerhalb der Versicherungsunternehmen. Betrachtet man den Grundgedanken der Privathaftpflichtversicherung, so wird verdeutlicht, dass das Merkmal eines Leitgedankens durch die Schutzfunktion der Privathaftpflichtversicherung ggü. Dritten gegeben ist. Die freiwillige Absicherung liegt lediglich bei ca. 73 % der Bevölkerung vor, sodass eine vollstän-

dige Bereitschaft zum Abschluss der Privathaftpflichtversicherung ohne gesetzliche Vorschriften nicht erreicht werden kann. Ebenso kann das Privatvermögen für die Deckung eines möglichen Schadensfalls nicht ausreichend bzw. es kann nicht kalkuliert werden, wie hoch es ggf. sein müsste. Analog der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung sollte auch die Privathaftpflichtversicherung als gesetzliche Pflichtversicherung eingeführt werden. Dieser Gedanke wird auch von Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski bestätigt: „Der Gesetzgeber sollte dasselbe auf der Ebene der Privathaftpflichtversicherung tun, da dies erhebliche volkswirtschaftliche Fehlallokationen vermeiden und wirtschaftliches Wachstum fördern würde.“¹³⁰ Dies zeigt, dass die möglichen Contra-Argumente aus Sicht der Kunden und der Versicherungsunternehmen durch die Pro-Argumente fast vollständig aufgewogen werden können. Die Fragebögen sowie die Experteninterviews haben gezeigt, dass die meisten Kunden (Versicherungsnehmer) über dieses Thema informiert und sich auch der Gefahr bewusst sind, die daraus resultiert, dass nicht jeder eine Privathaftpflichtversicherung besitzt. Man kann die Einschränkung der Vertragsfreiheit nicht umgehen – der Kunde hat aber die Möglichkeit, aus einer Vielzahl an Versicherungsunternehmen mit einer Auswahl an Tarifmöglichkeiten frei zu wählen. Durch die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung wurde gezeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Pflicht zum Abschluss eines Vertrages akzeptiert und diese auch nicht mehr in Frage stellt. Dies kann auch bei der Privathaftpflichtversicherung durch die Vertragsgestaltung als zukünftige Chance möglich sein, sodass eine generelle Akzeptanz erzielt wird.

¹³⁰ Vgl. Schwintowski, Prof. Dr. Hans-Peter (2005), S. 69.

Literaturverzeichnis

Anwalt: Rechtsanwalt Schadensersatzrecht & Schmerzensgeldrecht, in: Anwalt.de, URL: http://www.anwalt.de/rechtsanwalt/schadensersatzrecht_und_schmerzensgeldrecht.php (Zugriff am 31.05.2016).

Anwalt24: Deliktsfähigkeit, in: Anwalt24.de, URL: <http://www.anwalt24.de/rundums-recht/Deliktsfaehigkeit-d163955.html> (Zugriff am 31.05.2016).

Arzneimittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3394), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. April 2016 (BGBl. I S. 569) geändert worden ist.

Beenken, Dr. Matthias (2013): Vertriebsmanagement, Fach- und Führungskompetenz für die Assekuranz, 2. Auflage, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH (2013), Karlsruhe, in: Berufsbildungswerk der Deutschen Versicherungswirtschaft (BWV) e.V. (Hrsg.), Karlsruhe.

Berufsbildungswerk der Deutschen Versicherungswirtschaft (BWV) e.V. (Hrsg.) (2014): Proximus 3, Versicherungsbedingungen und Tarife, Geprüfte Versicherungsfachleute IHK, Kaufleute für Versicherungen und Finanzen, Geprüfte Fachwirte für Versicherungen und Finanzen, München.

Bundesjagdgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), das zuletzt durch Artikel 422 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist.

Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. Mai 2016 (BGBl. I S. 1190) geändert worden ist.

Eichenauer, Herbert u.a. (2009): Versicherungen und Finanzen 3, 3. Auflage, Haan-Gruiten.

Entgeltfortzahlungsgesetz vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014, 1065), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 16. Juli 2015 (BGBl. I S. 1211) geändert worden ist.

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV): Art des Versicherungsbetrugs, 2011, URL: <http://www.gdv.de/versicherungsbetrug/zahlen-und-fakten/> (Zugriff am 31.05.2016).

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV): Das macht doch jeder mal, 2011, URL: <http://www.gdv.de/versicherungsbetrug/zahlen-und-fakten/> (Zugriff am 31.05.2016).

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV): Versicherungsbetrug = Kavaliersdelikt?, 2011, URL: <http://www.gdv.de/versicherungsbetrug/zahlen-und-fakten/> (Zugriff am 31.05.2016).

Isfen, Jungprofessor Dr. Osman: Strafrecht Allgemeiner Teil, in: Ruhr-Universität Bochum, URL: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/strafr/downloads/StrAT%202012/AT-SubjektiverTatbestand.pdf> (Zugriff am 31.05.2016).

JuraForum: Verletzung der Aufsichtspflicht, in: JuraForum.de, URL: <http://www.juraforum.de/lexikon/aufsichtspflichtverletzung> (Zugriff am 31.05.2016).

JuraForum: Vorsatz im Strafrecht, in: JuraForum.de, URL: <http://www.juraforum.de/lexikon/vorsatz-im-strafrecht> (Zugriff am 31.05.2016).

Michaels, Bernd (2005): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündefall -, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH (2005), Karlsruhe, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündefall -. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30. Oktober 2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe.

Pflichtversicherungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. April 1965 (BGBl. I S. 213), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. April 2013 (BGBl. I S. 932) geändert worden ist.

Schulenburg, Prof. Dr. J.-Matthias Graf v. d. (2005): Pflichtversicherung - ein historischer Rückblick, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH (2005), Karlsruhe, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündefall -. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30. Oktober 2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe.

Schulz, Sabrina (2009): Demenzfreundliche Kommune – Utopie oder Wirklichkeit?, in: projekt-demenz-arnsberg.de, URL: http://www.projekt-demenz-arnsberg.de/cms/upload/docs/Bachelorarbeit_Sabrina_Schulz.pdf (Zugriff am 31.05.2016).

Schwintowski, Prof. Dr. Hans-Peter (2005): Pflichtversicherungen - aus Sicht der Verbraucher, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH (2005), Karlsruhe, in: Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Versicherungswesens mbH (Hrsg.): Pflichtversicherung - Segnung oder Sündefall -. Dokumentation über ein Symposium am 28.-30. Oktober 2004 im Schloss Marbach, Öhningen, Band 30, Karlsruhe.

Statista: Verteilung des Versicherungsschutzes privater Haushalte in Deutschland in den Jahren 2014 und 2015, in: Statista.com, URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167890/umfrage/versicherungsschutz-der-haushalte-in-deutschland/> (Zugriff am 31.05.2016).

Straßenverkehrsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 24. Mai 2016 (BGBl. I S. 1217) geändert worden ist.

Versicherungsarchiv: Widerrechtlichkeit, in: Versicherungsarchiv.de, URL: <http://www.versicherungsarchiv.de/versicherungsvergleich/widerrechtlichkeit/> (Zugriff am 31.05.2016).

Viwis (01/2016): Studienheft zur Haftpflichtversicherung, Versicherungsfachwissen IHK, München 01/2016.

Wagner, Prof. Dr. Fred: Cross Selling, in: Gabler Wirtschaftslexikon, URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/cross-selling.html> (Zugriff am 31.05.2016).

Vgl. Wilke, Hans Joachim (2016): Grundlagen und Praxis, Die Private Haftpflichtversicherung, Band 006, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH, Karlsruhe.

Anhang

Gesetzestexte

AMG – Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln

Arzneimittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3394), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. April 2016 (BGBl. I S. 569) geändert worden ist.

§ 94 Deckungsvorsorge

(1) Der pharmazeutische Unternehmer hat dafür Vorsorge zu treffen, dass er seinen gesetzlichen Verpflichtungen zum Ersatz von Schäden nachkommen kann, die durch die Anwendung eines von ihm in den Verkehr gebrachten, zum Gebrauch bei Menschen bestimmten Arzneimittels entstehen, das der Pflicht zur Zulassung unterliegt oder durch Rechtsverordnung von der Zulassung befreit worden ist (Deckungsvorsorge). Die Deckungsvorsorge muss in Höhe der in § 88 Satz 1 genannten Beträge erbracht werden. Sie kann nur

1. durch eine Haftpflichtversicherung bei einem im Geltungsbereich dieses Gesetzes zum Geschäftsbetrieb befugten unabhängigen Versicherungsunternehmen, für das im Falle einer Rückversicherung ein Rückversicherungsvertrag nur mit einem Rückversicherungsunternehmen, das seinen Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in einem von der Europäischen Kommission auf Grund von Artikel 172 der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (ABl. L 335 vom 17.12.2009, S. 1) als gleichwertig anerkannten Staat hat, besteht, oder

2. durch eine Freistellungs- oder Gewährleistungsverpflichtung eines inländischen Kreditinstituts oder eines Kreditinstituts eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum

erbracht werden.

(2) Wird die Deckungsvorsorge durch eine Haftpflichtversicherung erbracht, so gelten die § 113 Abs. 3 und die §§ 114 bis 124 des Versicherungsvertragsgesetzes sinngemäß.

(3) Durch eine Freistellungs- oder Gewährleistungsverpflichtung eines Kreditinstituts kann die Deckungsvorsorge nur erbracht werden, wenn gewährleistet ist, dass das Kreditinstitut, solange mit seiner Inanspruchnahme gerechnet werden muss, in der Lage sein wird, seine Verpflichtungen im Rahmen der Deckungsvorsorge zu erfüllen. Für die Freistellungs- oder Gewährleistungsverpflichtung gelten die § 113 Abs. 3 und die §§ 114 bis 124 des Versicherungsvertragsgesetzes sinngemäß.

(4) Zuständige Stelle im Sinne des § 117 Abs. 2 des Versicherungsvertragsgesetzes ist die für die Durchführung der Überwachung nach § 64 zuständige Behörde.

(5) Die Bundesrepublik Deutschland und die Länder sind zur Deckungsvorsorge gemäß Absatz 1 nicht verpflichtet.

BGB – Bürgerliches Gesetzbuch

Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. Mai 2016 (BGBl. I S. 1190) geändert worden ist.

§ 249 Art und Umfang des Schadensersatzes

(1) Wer zum Schadensersatz verpflichtet ist, hat den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre.

(2) Ist wegen Verletzung einer Person oder wegen Beschädigung einer Sache Schadensersatz zu leisten, so kann der Gläubiger statt der Herstellung den dazu erforderlichen Geldbetrag verlangen. Bei der Beschädigung einer Sache

schließt der nach Satz 1 erforderliche Geldbetrag die Umsatzsteuer nur mit ein, wenn und soweit sie tatsächlich angefallen ist.

§ 251 Schadensersatz in Geld ohne Fristsetzung

(1) Soweit die Herstellung nicht möglich oder zur Entschädigung des Gläubigers nicht genügend ist, hat der Ersatzpflichtige den Gläubiger in Geld zu entschädigen.

(2) Der Ersatzpflichtige kann den Gläubiger in Geld entschädigen, wenn die Herstellung nur mit unverhältnismäßigen Aufwendungen möglich ist. Die aus der Heilbehandlung eines verletzten Tieres entstandenen Aufwendungen sind nicht bereits dann unverhältnismäßig, wenn sie dessen Wert erheblich übersteigen.

§ 252 Entgangener Gewinn

Der zu ersetzende Schaden umfasst auch den entgangenen Gewinn. Als entgangen gilt der Gewinn, welcher nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge oder nach den besonderen Umständen, insbesondere nach den getroffenen Anstalten und Vorkehrungen, mit Wahrscheinlichkeit erwartet werden konnte.

§ 253 Immaterieller Schaden

(1) Wegen eines Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, kann Entschädigung in Geld nur in den durch das Gesetz bestimmten Fällen gefordert werden.

(2) Ist wegen einer Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung Schadensersatz zu leisten, kann auch wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, eine billige Entschädigung in Geld gefordert werden.

§ 254 Mitverschulden

(1) Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Beschädigten mitgewirkt, so hängt die Verpflichtung zum Ersatz sowie der Umfang des zu leistenden Ersatzes von den Umständen, insbesondere davon ab, inwieweit der

Schaden vorwiegend von dem einen oder dem anderen Teil verursacht worden ist.

(2) Dies gilt auch dann, wenn sich das Verschulden des Beschädigten darauf beschränkt, dass er unterlassen hat, den Schuldner auf die Gefahr eines ungewöhnlich hohen Schadens aufmerksam zu machen, die der Schuldner weder kannte noch kennen musste, oder dass er unterlassen hat, den Schaden abzuwenden oder zu mindern. Die Vorschrift des § 278 findet entsprechende Anwendung.

§ 276 Verantwortlichkeit des Schuldners

(1) Der Schuldner hat Vorsatz und Fahrlässigkeit zu vertreten, wenn eine strengere oder mildere Haftung weder bestimmt noch aus dem sonstigen Inhalt des Schuldverhältnisses, insbesondere aus der Übernahme einer Garantie oder eines Beschaffungsrisikos, zu entnehmen ist. Die Vorschriften der §§ 827 und 828 finden entsprechende Anwendung.

(2) Fahrlässig handelt, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt.

(3) Die Haftung wegen Vorsatzes kann dem Schuldner nicht im Voraus erlassen werden.

§ 280 Schadensersatz wegen Pflichtverletzung

(1) Verletzt der Schuldner eine Pflicht aus dem Schuldverhältnis, so kann der Gläubiger Ersatz des hierdurch entstehenden Schadens verlangen. Dies gilt nicht, wenn der Schuldner die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.

(2) Schadensersatz wegen Verzögerung der Leistung kann der Gläubiger nur unter der zusätzlichen Voraussetzung des § 286 verlangen.

(3) Schadensersatz statt der Leistung kann der Gläubiger nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen des § 281, des § 282 oder des § 283 verlangen.

§ 702 Beschränkung der Haftung; Wertsachen

(1) Der Gastwirt haftet auf Grund des § 701 nur bis zu einem Betrag, der dem Hundertfachen des Beherbergungspreises für einen Tag entspricht, jedoch mindestens bis zu dem Betrag von 600 Euro und höchstens bis zu dem Betrag von 3 500 Euro; für Geld, Wertpapiere und Kostbarkeiten tritt an die Stelle von 3 500 Euro der Betrag von 800 Euro.

(2) Die Haftung des Gastwirts ist unbeschränkt,

1. wenn der Verlust, die Zerstörung oder die Beschädigung von ihm oder seinen Leuten verschuldet ist,
2. wenn es sich um eingebrachte Sachen handelt, die er zur Aufbewahrung übernommen oder deren Übernahme zur Aufbewahrung er entgegen der Vorschrift des Absatzes 3 abgelehnt hat.

(3) Der Gastwirt ist verpflichtet, Geld, Wertpapiere, Kostbarkeiten und andere Wertsachen zur Aufbewahrung zu übernehmen, es sei denn, dass sie im Hinblick auf die Größe oder den Rang der Gastwirtschaft von übermäßigem Wert oder Umfang oder dass sie gefährlich sind. Er kann verlangen, dass sie in einem verschlossenen oder versiegelten Behältnis übergeben werden.

§ 823 Schadensersatzpflicht

(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

(2) Die gleiche Verpflichtung trifft denjenigen, welcher gegen ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstößt. Ist nach dem Inhalt des Gesetzes ein Verstoß gegen dieses auch ohne Verschulden möglich, so tritt die Ersatzpflicht nur im Falle des Verschuldens ein.

§ 827 Ausschluss und Minderung der Verantwortlichkeit

Wer im Zustand der Bewusstlosigkeit oder in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit einem anderen Schaden zufügt, ist für den Schaden nicht verantwortlich. Hat er sich durch geistige Getränke oder ähnliche Mittel in einen vorübergehenden Zustand dieser Art versetzt, so ist er für einen Schaden, den er in diesem Zustand widerrechtlich verursacht, in gleicher Weise verantwortlich, wie wenn ihm Fahrlässigkeit zur Last fiele; die Verantwortlichkeit tritt nicht ein, wenn er ohne Verschulden in den Zustand geraten ist.

§ 828 Minderjährige

(1) Wer nicht das siebente Lebensjahr vollendet hat, ist für einen Schaden, den er einem anderen zufügt, nicht verantwortlich.

(2) Wer das siebente, aber nicht das zehnte Lebensjahr vollendet hat, ist für den Schaden, den er bei einem Unfall mit einem Kraftfahrzeug, einer Schienenbahn oder einer Schwebebahn einem anderen zufügt, nicht verantwortlich. Dies gilt nicht, wenn er die Verletzung vorsätzlich herbeigeführt hat.

(3) Wer das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist, sofern seine Verantwortlichkeit nicht nach Absatz 1 oder 2 ausgeschlossen ist, für den Schaden, den er einem anderen zufügt, nicht verantwortlich, wenn er bei der Begehung der schädigenden Handlung nicht die zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit erforderliche Einsicht hat.

§ 830 Mittäter und Beteiligte

(1) Haben mehrere durch eine gemeinschaftlich begangene unerlaubte Handlung einen Schaden verursacht, so ist jeder für den Schaden verantwortlich. Das Gleiche gilt, wenn sich nicht ermitteln lässt, wer von mehreren Beteiligten den Schaden durch seine Handlung verursacht hat.

(2) Anstifter und Gehilfen stehen Mittätern gleich.

§ 832 Haftung des Aufsichtspflichtigen

(1) Wer kraft Gesetzes zur Führung der Aufsicht über eine Person verpflichtet ist, die wegen Minderjährigkeit oder wegen ihres geistigen oder körperlichen Zustands der Beaufsichtigung bedarf, ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den diese Person einem Dritten widerrechtlich zufügt. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn er seiner Aufsichtspflicht genügt oder wenn der Schaden auch bei gehöriger Aufsichtsführung entstanden sein würde.

(2) Die gleiche Verantwortlichkeit trifft denjenigen, welcher die Führung der Aufsicht durch Vertrag übernimmt.

§ 833 Haftung des Tierhalters

Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Beruf, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalt des Tierhalters zu dienen bestimmt ist, und entweder der Tierhalter bei der Beaufsichtigung des Tieres die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.

§ 840 Haftung mehrerer

(1) Sind für den aus einer unerlaubten Handlung entstehenden Schaden mehrere nebeneinander verantwortlich, so haften sie als Gesamtschuldner.

(2) Ist neben demjenigen, welcher nach den §§ 831, 832 zum Ersatz des von einem anderen verursachten Schadens verpflichtet ist, auch der andere für den Schaden verantwortlich, so ist in ihrem Verhältnis zueinander der andere allein, im Falle des § 829 der Aufsichtspflichtige allein verpflichtet.

(3) Ist neben demjenigen, welcher nach den §§ 833 bis 838 zum Ersatz des Schadens verpflichtet ist, ein Dritter für den Schaden verantwortlich, so ist in ihrem Verhältnis zueinander der Dritte allein verpflichtet.

§ 843 Geldrente oder Kapitalabfindung

(1) Wird infolge einer Verletzung des Körpers oder der Gesundheit die Erwerbsfähigkeit des Verletzten aufgehoben oder gemindert oder tritt eine Vermehrung seiner Bedürfnisse ein, so ist dem Verletzten durch Entrichtung einer Geldrente Schadensersatz zu leisten.

(2) Auf die Rente findet die Vorschrift des § 760 Anwendung. Ob, in welcher Art und für welchen Betrag der Ersatzpflichtige Sicherheit zu leisten hat, bestimmt sich nach den Umständen.

(3) Statt der Rente kann der Verletzte eine Abfindung in Kapital verlangen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

(4) Der Anspruch wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass ein anderer dem Verletzten Unterhalt zu gewähren hat.

BJagdG – Bundesjagdgesetz

Bundesjagdgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), das zuletzt durch Artikel 422 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist.

§ 17 Versagung des Jagdscheines

(1) Der Jagdschein ist zu versagen

1. Personen, die noch nicht sechzehn Jahre alt sind;
2. Personen, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie die erforderliche Zuverlässigkeit oder körperliche Eignung nicht besitzen;
3. Personen, denen der Jagdschein entzogen ist, während der Dauer der Entziehung oder einer Sperre (§§ 18, 41 Abs. 2);

4. Personen, die keine ausreichende Jagdhaftpflichtversicherung (fünfhunderttausend Euro für Personenschäden und fünfzigtausend Euro für Sachschäden) nachweisen; die Versicherung kann nur bei einem Versicherungsunternehmen mit Sitz in der Europäischen Union oder mit Niederlassung im Geltungsbereich des Versicherungsaufsichtsgesetzes genommen werden; die Länder können den Abschluss einer Gemeinschaftsversicherung ohne Beteiligungszwang zu lassen.

EntgFG – Entgeltfortzahlungsgesetz

Entgeltfortzahlungsgesetz vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014, 1065), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 16. Juli 2015 (BGBl. I S. 1211) geändert worden ist.

§ 3 Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall

(1) Wird ein Arbeitnehmer durch Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit an seiner Arbeitsleistung verhindert, ohne daß ihn ein Verschulden trifft, so hat er Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall durch den Arbeitgeber für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit bis zur Dauer von sechs Wochen. Wird der Arbeitnehmer infolge derselben Krankheit erneut arbeitsunfähig, so verliert er wegen der erneuten Arbeitsunfähigkeit den Anspruch nach Satz 1 für einen weiteren Zeitraum von höchstens sechs Wochen nicht, wenn

1. er vor der erneuten Arbeitsunfähigkeit mindestens sechs Monate nicht infolge derselben Krankheit arbeitsunfähig war oder
2. seit Beginn der ersten Arbeitsunfähigkeit infolge derselben Krankheit eine Frist von zwölf Monaten abgelaufen ist.

(2) Als unverschuldete Arbeitsunfähigkeit im Sinne des Absatzes 1 gilt auch eine Arbeitsverhinderung, die infolge einer nicht rechtswidrigen Sterilisation oder eines nicht rechtswidrigen Abbruchs der Schwangerschaft eintritt. Dasselbe gilt für einen Abbruch der Schwangerschaft, wenn die Schwangerschaft innerhalb von zwölf Wochen nach der Empfängnis durch einen Arzt abgebrochen

wird, die schwangere Frau den Abbruch verlangt und dem Arzt durch eine Bescheinigung nachgewiesen hat, daß sie sich mindestens drei Tage vor dem Eingriff von einer anerkannten Beratungsstelle hat beraten lassen.

(3) Der Anspruch nach Absatz 1 entsteht nach vierwöchiger ununterbrochener Dauer des Arbeitsverhältnisses.

PfIVG – Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter (Pflichtversicherungsgesetz)

Pflichtversicherungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. April 1965 (BGBl. I S. 213), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. April 2013 (BGBl. I S. 932) geändert worden ist.

§ 1 Pflichtversicherung

Der Halter eines Kraftfahrzeugs oder Anhängers mit regelmäßigem Standort im Inland ist verpflichtet, für sich, den Eigentümer und den Fahrer eine Haftpflichtversicherung zur Deckung der durch den Gebrauch des Fahrzeugs verursachten Personenschäden, Sachschäden und sonstigen Vermögensschäden nach den folgenden Vorschriften abzuschließen und aufrechtzuerhalten, wenn das Fahrzeug auf öffentlichen Wegen oder Plätzen (§ 1 des Straßenverkehrsgesetzes) verwendet wird.

§ 4 Pflichtversicherung

(1) Um einen dem Zweck dieses Gesetzes gerecht werdenden Schutz sicherzustellen, bestimmt das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz unter Beachtung gemeinschaftsrechtlicher Verpflichtungen sowie des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die obligatorische Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge (BGBl. 1965 II S. 281) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates den Umfang des notwendigen Versicherungsschutzes, den der Versicherungsvertrag zu gewähren hat. Das gilt auch für den Fall, daß durch Gesetz oder gemeinschaftsrechtliche Verpflichtung eine Versicherungs-

pflicht zur Deckung der beim Transport gefährlicher Güter durch Kraftfahrzeuge verursachten Schäden begründet wird.

(2) Die Mindesthöhen der Versicherungssummen ergeben sich aus der Anlage. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die in der Anlage getroffenen Regelungen zu ändern, wenn dies erforderlich ist, um

1. bei einer Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse oder der verkehrstechnischen Umstände einen hinreichenden Schutz der Geschädigten sicherzustellen oder
2. die Mindesthöhen der Versicherungssummen an die nach Artikel 9 Absatz 2 der Richtlinie 2009/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht (ABl. L 263 vom 7.10.2009, S. 11) erhöhten Beträge anzupassen.

Ergeben sich auf Grund der Platzzahl des Personenfahrzeugs, auf das sich die Versicherung bezieht, erhöhte Mindestversicherungssummen, so haftet der Versicherer in den Fällen des § 117 Abs. 1 und 2 des Versicherungsvertragsgesetzes für den einer einzelnen Person zugefügten Schaden nur im Rahmen der nicht erhöhten Mindestversicherungssummen.

StVG – Straßenverkehrsgesetz

Straßenverkehrsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 24. Mai 2016 (BGBl. I S. 1217) geändert worden ist.

§ 7 Haftung des Halters, Schwarzfahrt

(1) Wird bei dem Betrieb eines Kraftfahrzeugs oder eines Anhängers, der dazu bestimmt ist, von einem Kraftfahrzeug mitgeführt zu werden, ein Mensch getötet, der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist der Halter verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

(2) Die Ersatzpflicht ist ausgeschlossen, wenn der Unfall durch höhere Gewalt verursacht wird.

(3) Benutzt jemand das Fahrzeug ohne Wissen und Willen des Fahrzeughalters, so ist er anstelle des Halters zum Ersatz des Schadens verpflichtet; daneben bleibt der Halter zum Ersatz des Schadens verpflichtet, wenn die Benutzung des Fahrzeugs durch sein Verschulden ermöglicht worden ist. Satz 1 findet keine Anwendung, wenn der Benutzer vom Fahrzeughalter für den Betrieb des Kraftfahrzeugs angestellt ist oder wenn ihm das Fahrzeug vom Halter überlassen worden ist. Die Sätze 1 und 2 sind auf die Benutzung eines Anhängers entsprechend anzuwenden.

§ 12 Höchstbeträge

(1) Der Ersatzpflichtige haftet

1. im Fall der Tötung oder Verletzung eines oder mehrerer Menschen durch dasselbe Ereignis nur bis zu einem Betrag von insgesamt fünf Millionen Euro; im Fall einer entgeltlichen, geschäftsmäßigen Personenbeförderung erhöht sich für den ersatzpflichtigen Halter des befördernden Kraftfahrzeugs oder Anhängers bei der Tötung oder Verletzung von

mehr als acht beförderten Personen dieser Betrag um 600 000 Euro für jede weitere getötete oder verletzte beförderte Person;

2. im Fall der Sachbeschädigung, auch wenn durch dasselbe Ereignis mehrere Sachen beschädigt werden, nur bis zu einem Betrag von insgesamt einer Million Euro.

Die Höchstbeträge nach Satz 1 Nr. 1 gelten auch für den Kapitalwert einer als Schadensersatz zu leistenden Rente.

(2) Übersteigen die Entschädigungen, die mehreren auf Grund desselben Ereignisses zu leisten sind, insgesamt die in Absatz 1 bezeichneten Höchstbeträge, so verringern sich die einzelnen Entschädigungen in dem Verhältnis, in welchem ihr Gesamtbetrag zu dem Höchstbetrag steht.

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Ort, Datum

Vorname Nachname